



**Sexismus heute:
Dort kämpfen,
wo das Leben ist**

Inhalt

Editorial von Kersten Artus, Carola Ensslen, Christine Detamble-Voss	3
Vorwort von Johanna Klages	4
Die Struktur männlicher Herrschaft nach Pierre Bourdieu Eine Zusammenstellung von Johanna Klages	6
Linksfeminismus ist immer sozial von Kersten Artus	10
Das rechtskonservative Frauenbild der AfD von Carola Ensslen	12
Kreuzzug gegen Vielfalt. Ein Überblick über die gender- und familienpolitischen Positionen der AfD von Carina Book	14
Von der Quote zum Quötchen von Cornelia Möhring	17
Gender Mainstreaming – was ist das? Beantwortet von Christine Detamble-Voss	19
Die Schattenseiten von Ehe und Familie von Angelika Damm	22
Alle Lebens- und Liebensformen benennen von Gila Rosenberg	24
Wie wichtig ist die Geburtenrate? von Susanne Lohmann	25
... so lange brauchen wir Gleichstellungsgesetze von Karin Schönewolf	27
Wie Rassismus aus Wörtern spricht von Tanja Chawla	29
Es genügt schon ein Blickwechsel von Saide Sesin	31
Das Private ist politisch – immer noch! von Elke Peine	33
Hamburg schließt das Tor zur Welt? von Zaklin Nastic	37
Warum sind bestimmte Berufe Frauenberufe? von Angelika Gericke	39
Gesundheit ist ein sozialer Zustand von Regina Jürgens	41
Ökonomische (Un)Abhängigkeit von Frauen von Carola Ensslen	43
Sexarbeit entstigmatisieren von Kersten Artus	45
Die Autorinnen	47

Bildnachweis

S. 1, 3, 5, 22, 24, 33, 41, 43, 45, 48: K. Artus; S. 8, 14, 25, 27, 29, 31, 39: privat; S. 6, 7: Wikipedia; S. 10: Linksfraktion Hamburg; S. 12: Ulrike Schmidt; S. 17: Uwe Steinert; S. 19: Linksfraktion HH-Mitte; S. 37: André Lenthe

Editorial

Rechtspopulismus und Antifeminismus sind ein treues Paar. Sie verzerren die Errungenschaften der Frauenbewegungen durch Halbwahrheiten, Lügen, Dummdreistigkeiten. Manchmal macht das sprachlos. Dabei gibt es viel zu sagen.

Deswegen haben wir diese Broschüre gemacht. Wir wollten Antworten und Meinungen:

Was sagt die Frauenfachpolitik zum Rechtspopulismus, zu homophoben, sexistischen und rassistischen Wahlparolen – insbesondere zu denen der Alternative für Deutschland? Was denken Akteurinnen aus sozialen Bewegungen, Trägern, Gewerkschaften, Betriebsräten? Als wir auf die Suche nach Frauen gingen, die bereit waren, ihre berufliche, fachliche oder politische Sicht auf »Genderwahn«, »Vater-Mutter-Kind-Idylle« und »Quotenfrau« aufzuschreiben, stießen wir auf offene Ohren und eine große Bereitschaft, mitzumachen.

Es finden sich noch längst nicht alle aktuellen Facetten der Frauen- und Gleichstellungspolitik in dieser Broschüre wider. Allerdings: Auf dem parallel im Netz geschalteten Blog können (und sollen) Inhalte und Sichtweisen ergänzt werden. **Hier finden sich auch die für diese Broschüre abgedruckten Texte in ungekürzter Version.**

Schreibt uns! Kommentiert auf dem Blog frauensichten.wordpress.com/! Unser Ziel ist eine Plattform, die die Vielfalt von Frauen- und Gleichstellungspolitik abbildet. Wir wünschen uns Texte, die Lebenserfahrung und Wissen widerspiegeln. Dem Antifeminismus, der uns wie ein modriger Mief in verschiedenen Windstärken begegnet, wollen wir geballtes Wissen und Frauensolidarität entgegenzusetzen. Wir freuen uns auf den Dialog!

Hamburg, im Juli 2015

Eure Kersten Artus, Carola Ensslen, Christine Detamble-Voss



Vorwort

von Johanna Klages



Die Zeichen stehen auf Antifeminismus. Trotz anhaltender Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern werden Gleichstellungs- und Emanzipationsbestrebungen von Frauen bekämpft. Insbesondere durch die Bildung der AfD und ihren Einzug in die Parlamente werden sexistische Sichtweisen offenbar wieder hoffähig. Diese Broschüre verfolgt das Ziel, andere Sichtweisen dagegenzuhalten. Sie liefert fachpolitische Beiträge, die in dieser Form bislang noch nicht zusammengestellt und präsentiert wurden.

Wen repräsentiert die AfD und was sind deren Forderungen? Die Wähler und Wählerinnen der AfD sind vor allem in (rechts-)bürgerlichen Kreisen zu suchen. Die AfD gibt sich als moderne Rechtspartei und als Alternative zu Schwarz-Gelb, um im Farbspektrum der Parteien zu bleiben.

Die ehemals führenden Repräsentanten Olaf Henkel und Bernd Lucke werden nicht müde zu proklamieren, dass allein ein bürgerlich-liberaler Politik- und Wirtschaftskurs erfolgversprechend sein kann. Sie distanzieren sich offen von Frauke Petry und Alexander Gauland, deren politisches Terrain hauptsächlich die östlichen Regionen der Republik sind.

Das Verbindende, jenseits einzelner Richtungsstreitigkeiten zwischen den Ost- und Westformationen der AfD oder von Pegida, ist ihre Hetze gegen die Frauenrechtsbewegungen, Migrant*innen und asylsuchende Flüchtlinge. Natürlich fordern auch die Abgeordneten der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft mehr und zügigere Abschiebungen von Flüchtlingen und ausreisepflichtigen Migrant*innen, und es ist zu befürchten, dass sie versuchen werden, die Flüchtlingspolitik zum Dauerthema zu machen – mit Unterstützung oder gar Zustimmung vonseiten der CDU, die nach den Wahlen deutlich nach rechts gerückt ist.

Die Hetze der AfD gegen Migrant*innen und Flüchtlinge ist zudem frauenfeindlich, wie dieses Zitat aus dem Bürgerschaftswahlprogramm der AfD verdeutlicht: »Diese Schüler häufig aus bildungsfernen Elternhäuser mit oder ohne Migrationshintergrund, haben schlechte Voraussetzungen und bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Einzelne Eltern vernachlässigen ihre Erziehungs- und Förderpflichten zu Lasten der Zukunft ihrer Kinder.« Ein Bußgeld solle denjenigen

Eltern auferlegt werden, die »ihren Pflichten nicht nachkommen«. Und auf wem sonst als den Frauen lastet die häusliche Erziehungsarbeit im Wesentlichen?

Wir sollten dem Subtext all dieser Argumentationen »lauschen«, wenn wir die frauenfeindliche Tendenz deutlicher machen wollen. Frauke Petry, damals Spitzenkandidatin der AfD in Sachsen, nunmehr Parteivorsitzende, führte aus: »Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen« ... Wünschenswert sei, dass eine deutsche (!) Familie drei Kinder habe.« (Die Welt vom 21.8.2014)

Die AfD steht nicht allein für antifeministische Politik. Vor nicht allzu langer Zeit schmiss Thilo Sarrazin, seines Zeichens SPD-Mitglied, tätig bei der deutschen Bundesbank, ein Buch auf den Markt mit dem Titel: »Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen«. Sarrazin argumentierte darin, dass »ausländische« Frauen bzw. solche mit Migrationshintergrund viel »fruchtbarer« seien als deutsche (!) Frauen, sodass zu befürchten sei, dass die deutsche Bevölkerung aussterben würde. Das Buch hatte großen Erfolg, war in den Schaufenstern vieler Buchläden zu sehen und wurde – so hieß es – hauptsächlich von Männern gekauft! Damals lavierte die SPD: Wie mit Sarrazin verfahren? Ein Ausschluss aus der Partei war nicht möglich, weil er damals zu populär zu sein schien und die Mehrheit der Parteimitglieder hinter ihm stand.

Wie wir sehen, wuchert der damalige rechtslastige Diskurs weiter und »schwappet« nun mit der AfD auch in die Hamburger Bürgerschaft.

Die Struktur männlicher Herrschaft nach Pierre Bourdieu

Eine Zusammenstellung von Johanna Klages¹



»In der Tat hat es etwas Erstaunliches, daß die geschlechtlichen Strukturen gegenüber den ökonomischen Strukturen und die Reproduktionsweisen gegenüber den Produktionsweisen eine außerordentliche Autonomie besitzen. Dasselbe System von Klassifikationsschemata findet sich ja im wesentlichen über die Jahrhunderte und die ökonomischen und gesellschaftlichen Unterschiede hinweg an den beiden Extremen des Raums der anthropologischen Möglichkeiten, bei

den Bergbauern der Kabylei und bei den englischen Großbürgern von Bloomsbury.« (142)²

»Eine ›Geschichte der Frauen‹, die (...) ein solches Ausmaß an Konstanz und Permanenz zum Vorschein bringen will, muß (...) *der Geschichte der Akteure und Institutionen, die in Permanenz daran mitwirken, diese Permanenz sicherzustellen, Kirche, Staat, Schule* usf., und die sich in den verschiedenen Epochen nach Gewicht und Funktion unterscheiden, einen ganz besonderen Platz einräumen. Sie kann sich nicht damit zufrieden geben, z.B. den Ausschluß der Frauen von diesem oder jenem Beruf, dieser oder jener Laufbahn oder Disziplin zu verzeichnen. Sie muß auch der Reproduktion (beruflichen, disziplinären usf.), Hierarchie und hierarchischen Dispositionen Rechnung tragen, die ihnen förderlich sind und die die Frauen dazu bringen, zu ihrem Ausschluß von den Orten beizutragen, von denen sie auf jeden Fall ausgeschlossen sind.« (145)

»Mit der Trennung von Arbeitswelt und häuslicher Sphäre trat ein ökonomischer Bedeutungsverlust der Frauen der Bourgeoisie ein, die fortan durch die viktorianische Prüderie zum Kult der Züchtigkeit und der häuslichen Künste,

¹ Die Zitate stammen aus dem Buch des Soziologen Pierre Bourdieu (1930-2002): »Die männliche Herrschaft«. Aus dem Französischen von Jürgen Bolder. Frankfurt a.M. 2005. (Seitenanzahlen in Klammern, Hervorhebungen im Fettdruck J.K.)

² Bourdieu bezieht sich hier auf die englische Schriftstellerin Virginia Woolf, die u.a. im Londoner Stadtteil Bloomsbury lebte.

Aquarell und Klavier, und auch, zumindest in den Ländern mit katholischer Tradition, zur mehr und mehr exklusiv weiblichen religiösen Praxis verurteilt waren.« (146)

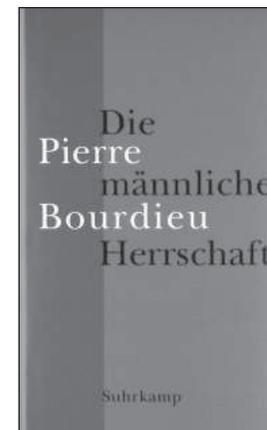
»Die Reproduktionsarbeit (der männlichen Herrschaft, J.K.) wurde bis vor kurzem von drei Hauptinstanzen sichergestellt, von der Familie, der Kirche und der Schule, die, objektiv aufeinander abgestimmt, auf die unbewußten Strukturen eingewirkt haben. Die Hauptrolle bei der Reproduktion der männlichen Herrschaft und der männlichen Sicht fällt sicherlich der **Familie** zu. In ihr zwingt sich frühzeitig die Erfahrung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der legitimierte Vorstellung dieser Teilung auf, die in die Sprache eingraviert ist und vom Recht geschützt wird.

Was die **Kirche** angeht, so ist sie immer schon von dem tiefen Antifeminismus des Klerus erfüllt, der nur allzu bereit ist, alle weiblichen Verstöße gegen die Schicklichkeit, zumal was die Kleidung anbelangt, zu verurteilen. Sie ist der bestellte Reproduzent einer pessimistischen Sicht der Frauen und der Weiblichkeit und schärft (oder schärfte) explizit eine familialistische Moral ein, die vor allem mit dem Dogma von der fundamentalen Unterlegenheit der Frauen gänzlich von patriarchalen Werten beherrscht ist. Vor allem durch die Symbolik der heiligen Texte, der Liturgie, wie auch des religiösen Raumes und der religiösen Zeit (die durch die Übereinstimmung der Struktur der liturgischen mit der des agrarischen Jahres gekennzeichnet ist) wirkt sie zudem eher in indirekter Weise auf die historischen Strukturen des Unbewussten ein.« (148f.)

»Die **Schule** schließlich vermittelt nach wie vor, selbst wenn sie vom Einfluß der Kirche befreit ist, die Unterschiede, die die Grundvoraussetzungen der (auf der Homologie zwischen der Beziehung Mann/Frau und der Beziehung Erwachsener/Kind basierenden) patriarchalischen Vorstellungen bilden. Sie vermittelt vor allem diejenigen Unterschiede, die in ihren eigenen, allesamt geschlechtlich konnotierten hierarchischen Strukturen verkörpert sind, die zwischen den

verschiedenen Schulen oder Fakultäten, zwischen den ›weichen‹ oder ›harten‹ bzw., näher an der ursprünglichen mythischen Intuition, ›trockenen‹ Disziplinen und zwischen den Fächern, d.h. zwischen den Seinsweisen und den Sichtweisen, auch des eigenen Selbst, der eigenen Fähigkeiten und Neigungen bestehen – kurz, all das, was nicht nur dazu beiträgt, das äußere soziale Schicksal, sondern das Selbstbild zu formen.« (149f.)

»Gleichzeitig aber ist die Schule (...) aufgrund der Widersprüche, die sie prägen und die sie induziert, eines der entscheidenden Prinzipien des Wandels in den zwischengeschlechtlichen Beziehungen.« (151)





»(...) (U)m der Vollständigkeit willen (müsste man) die Rolle des **Staates** einbeziehen. Er hat die Vorschriften und Verbote des privaten Patriarchats durch die eines *öffentlichen Patriarchats* ratifiziert und vermehrt, das in allen Institutionen verkörpert ist, die für die Regelung und Verwaltung der Alltagsexistenz der häuslichen Einheit zuständig sind.« (151)

»(D)ie modernen Staaten (haben) dem Familienrecht und ganz speziell den Regeln, die den Personenstand der Bürger definieren und die Steuergesetzgebung schaffen, die fundamentalen Prinzipien der androzentrischen Sicht eingeprägt.

Die grundlegende Ambiguität des heutigen Staates rührt zu einem Großteil daher, dass er mit dem **Gegensatz** zwischen den fiskalisch orientierten und den »ausgabefreudigeren« Ministerien, zwischen seiner paternalistischen/familialistischen und protektionistischen **rechten Hand** und seiner sozial orientierten **linken Hand**, die archetypische Teilung von männlich und weiblich in seiner eigenen Struktur reproduziert, wobei die Frauen, als Mandatsträger wie als privilegierte Adressaten seiner Zuwendungen und Dienstleistungen, dem **Sozialstaat** eng verbunden sind.« (152f.)

»Wenn man weibliche Jugendliche nach ihren Schulerfahrungen fragt, ist man immer wieder von der maßgeblichen Rolle der Ratschläge und Einschärfungen seitens der Eltern, Lehrer, Berufsberater oder Mitschüler verblüfft, die sie unaufhörlich, stillschweigend oder ausdrücklich, an das ihnen durch das traditionelle Einteilungsprinzip zuteil gewordene Los erinnern. In vielen Fällen beobachten sie, daß die Lehrer der naturwissenschaftlichen Fächer Mädchen weniger fordern und fördern als Jungen und dass Eltern wie Lehrer und Berufsberater sie »in ihrem eigenen Interesse« von bestimmten, für männlich erachteten Berufen abbringen. (...) Einen Großteil ihrer Wirksamkeit schulden diese Ordnungsrufe freilich dem Umstand, dass eine ganze Reihe früher Erfahrungen, insbesondere beim Sport, wo es bei vielen Gelegenheiten zu Diskriminierungen kommt, die Mädchen darauf vorbereitet hat, diese Empfehlungen in Form von »Antizipationen« zu akzeptieren und die herrschende Sicht zu verinnerlichen.« (163f.)

»Ihr Ausschluß von der Sphäre, in der es um die ernstesten Dinge des Lebens, die öffentlichen und zumal die wirtschaftlichen Angelegenheiten, geht, hat die Frauen lange Zeit auf den häuslichen Bereich und die mit der biologischen und sozialen Reproduktion der Linie zusammenhängenden Tätigkeiten eingeengt. Selbst wenn diese Tätigkeiten dem Anschein nach anerkannt und bisweilen rituell zelebriert werden, bleiben sie den einzig ökonomisch und sozial wirklich

sanktionsfähigen Produktionstätigkeiten untergeordnet und auf die materiellen und symbolischen Interessen der Linie, d.h. der Männer, ausgerichtet. Daher hat auch heute noch in vielen Milieus ein bedeutender Teil der den Frauen zufallenden *Hausarbeit* die Wahrung der Solidarität und Integration der Familie durch die Pflege der verwandtschaftlichen Beziehungen und die Erhaltung des sozialen Kapitals durch die Entfaltung einer ganzen Reihe sozialer Aktivitäten zum Ziel.« (168)

»Diese häusliche Arbeit findet im wesentlichen keine Beachtung oder sie ist (man denke nur an die rituelle Bloßstellung der weiblichen Vorliebe für den Schwatz, besonders am Telefon ...) schlecht angesehen. Dort aber, wo sie sich dem Blick aufzwingt, wird sie durch Einordnung in den Bereich der Innerlichkeit, der Moral, des Gefühls in ihrem Realitätsgehalt herabgesetzt, was ihr nicht lukrativer und »zweckfreier« Charakter erleichtert. Der Umstand, daß die häusliche Arbeit der Frauen kein Äquivalent in Geld hat, trägt (...) auch in deren eigenen Augen zu ihrer Abwertung bei, so als ob diese Zeit ohne Marktwert bedeutungslos wäre und ohne Gegenleistung und ohne Grenzen verausgabt werden könnte. Zuerst für die Familienmitglieder und vor allem für die Kinder (die Eigenzeit der Mutter wird weniger respektiert), dann aber auch für ehrenamtliche Tätigkeiten, in der Kirche, in Wohltätigkeitsorganisationen und mehr und mehr in Verbänden und Parteien. Da Frauen oft mit unbezahlten Tätigkeiten vorliebnehmen müssen und daher weniger in Begriffen der Äquivalenz von Arbeit und Geld denken, sind sie weitaus häufiger als Männer zur insbesondere religiösen und karitativen *Ehrenamtlichkeit* disponiert.« (169f.)

»Da sie derart sozial darauf eingestimmt sind, sich selbst als ästhetische Objekte zu behandeln, bringen die Frauen allem, was mit der Schönheit, der Eleganz des Körpers, der Kleidung, des Auftretens zu tun hat, ständige Aufmerksamkeit entgegen. In der häuslichen Arbeitsteilung übernehmen sie dementsprechend ganz selbstverständlich alles, was zur Ästhetik und außerdem zur Gestaltung des sozialen Images und des öffentlichen Erscheinungsbildes der Familienmitglieder gehört, natürlich der Kinder, aber auch des Ehemannes, der sehr oft die Wahl seiner Kleidung an sie delegiert. Sie sind es auch, die für das Dekor des Alltags, des Hauses und seiner Innenausstattung, den Anteil der Zweckmäßigkeit ohne Zweck Sorge tragen, für den dort, selbst bei den Benachteiligten, stets Raum ist.« (172f.)

Linksfeminismus ist immer sozial

von Kersten Artus

»Kinder sind unser Kapital.«
Website Frauke Petry



Mit der AfD ist der Antifeminismus in die Parlamente eingezogen – unabhängig davon, ob sich die Partei zerlegt. Der Satz »Kinder sind unser Kapital«, mit dem die AfD-Frontfrau Dr. Frauke Petry ihre Website ziert, macht mehr als deutlich, auf welchem Fundament sie ihren Antifeminismus aufbaut. Dass Kinder »Kapital« sein sollen, drückt die

neoliberale Geisteshaltung hinter dem konservativen Leitbild Petrys aus: Menschen sind Verwertungsobjekte. Und die Verwertungsmaschinerie muss fleißig produzieren: Schließlich gelten nach Petrys Meinung nur Familien mit drei Kindern als normal.

Der Feminismus stellt die Geschlechterverhältnisse infrage. Er ist eine Freiheitsbewegung, denn die Strukturen, die das Patriarchat der Gesellschaft aufgedrückt hat, wirken auf allen Ebenen, in allen Schichten und Milieus. Sie wirken in unserer Sprache, in der Sozialgesetzgebung, in der Rechtsprechung, in der Politik, in Arbeitsverhältnissen. In Beziehungen, bei der Kindererziehung. Das Patriarchat lebt in jeder Persönlichkeit. Seine Werte, Normen und Verhaltensmuster sind von Vätern und Männern geprägt, kontrolliert und repräsentiert. Es gibt nicht wenige Leute, voran die »junge AfD«, die glauben, die nächste Generation könne diese Strukturen überwinden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gleichstellung der Geschlechter bereits geschaffen worden seien. Im Grundgesetz und verschiedenen anderen Gesetzen ist die Gleichstellung garantiert. Trotzdem sind aber Frauen und Mädchen nach wie vor massiv tödlicher Gefahr durch physische und psychische Gewalt im sozialen Nahbereich ausgesetzt: Jede vierte Frau erlebt sie in ihrem Leben mindestens einmal. Und trotz gesetzlicher Gleichstellung sind die Gehaltsunterschiede signifikant: Männer verdienen fast ein Viertel mehr. Auch unter den Ärmsten wirkt das Patriarchat: Die Bedarfsgemeinschaft in Hartz-IV-Haushalten hält Frauen in doppelter Abhängigkeit vom Mann und Staat. Da erledigt sich nichts von selbst oder mit den Jahren.

Der Feminismus ist eine gesellschaftliche Strömung, keine politische Richtung. Feministinnen wirken in ihrem Milieu und aufgrund ihrer persönlichen Prägungen und politischen Überzeugungen. Linker Feminismus begnügt sich nicht

damit, Aufsichtsräte anteilig mit Frauen zu besetzen und mehr Frauen zu Professorinnen und Chefinnen zu machen. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit in der Gesellschaft, doch sie wird entweder nicht anerkannt (Familien- und Hausarbeit) oder schlecht bezahlt (Erzieherinnen, Pflege). Linke Feministinnen sind nicht stolz darauf, dass es eine Bundeskanzlerin und eine Verteidigungsministerin gibt. Sie wollen Egalität auf allen Ebenen, in jeder Schicht, jedem Milieu. Und das ist nicht zu verwirklichen, solange der Markt und die besitzende Klasse entscheidet, wie Gleichberechtigung umgesetzt wird. Linksfeminismus ist immer sozial, weil er von unten denkt.

Es sind die Gewerkschaften, die wesentliche linksfeministische Forderungen durchgekämpft haben: Mindestlöhne, Lohngleichheit, Mutterschutz und Arbeitszeitverkürzung waren neben dem Frauenwahlrecht und dem Kampf gegen Militarisation und Krieg die Ziele des ersten internationalen Frauentages 1911. Bis heute gilt: Wo es Tarifverträge gibt, werden Frauen und Männer gleich entlohnt. Auch Arbeitszeiten werden in Tarifverträgen definiert: Die Ergebnisse der Kämpfe um die 35-Stunden-Woche finden sich noch heute in Tarifverträgen wieder. Zutreffend formulierte es Clara Zetkin 1889: »Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein.« Es ist daher derzeit eine besondere historische Situation, wenn die Erzieherinnen auf die Straße gehen und für die Aufwertung ihres Berufes streiken. Zwar richtet sich der Streik gegen die kommunalen Arbeitgeberinnen, dennoch legen hier vor allem Frauen die Arbeit nieder.

Linksfeminismus richtet sich von unten aus. Er verschränkt die soziale und die Geschlechterfrage miteinander. Er definiert auch Sexismus über den Bezug auf sexualisierte Diskriminierung und Gewalt hinaus. Der Antifeminismus der AfD ist zugleich sexistisch: Sexismus leugnet die Geschlechtervielfalt und die Existenz verschiedener sexueller Identitäten. Er begründet von Beginn der Menschwerdung an die heteronormative Festlegung jeder Person auf weiblich oder männlich – mit den »dazu gehörenden« Rollen. Diese Einengung hat für viele Menschen derart ausgrenzende Folgen, dass sie sich nicht angemessen in die Gesellschaft einbringen können, weil sie schwere gesundheitliche Folgen erleiden. Ganz abgesehen von den vielfachen Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt sind, wenn sie lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell sind. Dass gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland keine Kinder adoptieren dürfen, drückt diese Geisteshaltung besonders aus: Warum sollen Menschen, die nicht als Heteros leben, schlechte Eltern sein? Wer die Frau als Subjekt als Zentrum der Familie sieht und sie als abnormal beurteilt, sollte sie weniger als drei Kinder haben, kann zu keinem anderen Ergebnis kommen. Entweder Frau oder Mann. Nichts dazwischen. Und mit klaren Rollen. Das ist das schlichte und lebensferne Weltbild, mit dem die AfD punktet und vor allem evangelikale Kreise bestärkt.

Das rechtskonservative Frauenbild der AfD

von Carola Ensslen

»Ich bin keine Feministin, weil Hausfrau sein auch ein Beruf ist.«

Eine Vertreterin der Jungen AfD im Tagesspiegel



Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet junge Menschen eine solche Aussage machen und das »Projekt Feminismus« beenden wollen. Vorherrschend ist das Bild der zweigeschlechtlichen Kleinfamilie als »Keimzelle der Gesellschaft« mit klassischer Rollenverteilung. Abtreibung, Quotenregelungen, homosexuelle Lebensweisen – das alles wird bekämpft. Damit befindet sich

die AfD auf einer Linie mit so genannten Lebensschützer*innen, besorgten Eltern, christlichen Fundamentalist*innen und auch der PEGIDA-Bewegung. Selbst im konservativen Flügel von CDU und CSU finden sich Sympathisant*innen. Dem Rechtspopulismus geht es leider so gut wie selten.

Frauenbild – Familienbild

Das rechtskonservative Frauenbild ist untrennbar verbunden mit dem Familienbild der zweigeschlechtlichen Kleinfamilie (Vater, Mutter, Kind). Sie muss gefördert werden, das Erziehungsrecht der Eltern soll nicht angetastet werden, Kitas und Schulen sollen eine nachgeordnete Rolle spielen, Kinder in erster Linie in der Familie aufwachsen. *»Der politische Druck auf Eltern, ihre Kinder immer früher und länger in Krippe und Ganztagschule abzugeben, um selbst ungeteilt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, muss gestoppt werden.«* (Initiative Familienschutz 2009)

Auch wenn von Eltern und Familie die Rede ist, ist die Herleitung doch durchschaubar: Kinder haben eine enge Bindung an die Mutter, also muss sie die Kinderbetreuung übernehmen. Betreuung in Krippen und Kitas ist nur in geringem Umfang gut für das Kind. Mütter, die arbeiten und ihre Kinder dort betreuen lassen, sind schlechte Mütter. Das »Argument« Kinderbetreuung wird also benutzt, um Frauen zu Hause zu halten. Die Rollen sind damit klar verteilt: Die Frau wird auf das Gebären reduziert, übernimmt dann die Rolle der Mutter und leistet Haus- und Erziehungsarbeit, der Mann bringt das Geld nach Hause. Hinter dem Familienbild versteckt sich also ein verstaubtes, urkonservatives und antifeministisches Frauenbild.

Gesellschaftliche Verwurzelung des konservativen Frauenbildes

Nach wie vor gibt es die Ehe nur zwischen Frauen und Männern. Die SPD will zwar die »Ehe für alle«, wird aber den Koalitionsvertrag mit der CDU nicht brechen. Und der Generationenvertrag zur Altersversorgung basiert auf der stillschweigenden Voraussetzung, dass aus heterosexuellen Beziehungen Kinder hervorgehen. Das Bundesverfassungsgericht stellt dazu fest, dass Kinderlose auf Kosten und zulasten von Paaren mit Kindern leben.

Das Ehegattensplitting begünstigt unterschiedliche Einkommen in der Ehe. Das läuft nach wie vor häufig darauf hinaus, dass Männer berufstätig sind und Frauen in der Rolle der Hausfrau, Mutter und allenfalls Teilzeitbeschäftigten haften bleiben. Das Verharren in einer konservativen Frauenrolle kann bei Scheidung zur Armutsfalle werden. So sind vor allem alleinerziehende Mütter von Armut bedroht.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch »atmen« sämtliche Vorschriften noch die Kleinfamilie als gesetzgeberisches »Idealbild« der Familie. Unter Familie ist demnach in erster Linie die Gemeinschaft von Eltern und Kind(ern) zu verstehen. Das legt immerhin nahe, dass auch homosexuelle Paare mit Kindern darunter fallen. Der Weg für sie dorthin ist allerdings steinig. Adoptionen unterliegen nach wie vor sehr hohen Hürden. Auch hier begegnet uns immer noch die Vorstellung, dass eine Frau die Mutterrolle übernehmen muss.

Der Gegenentwurf

Gerade die Erkenntnis, dass der Weg zu einem modernen Frauenbild noch weit ist, macht das Wirken der AfD und anderer rechtskonservativer gesellschaftlicher Strömungen so gefährlich. Denn es ist ein Bremsklotz in der Entwicklung. Es besteht sogar die Gefahr von Rückschritten.

Deshalb ist es wichtig, dem ein linksfeministisches Frauenbild gegenüberzustellen. Die Schritte weg von der traditionellen Kleinfamilie mit berufstätigem Mann dürfen nicht durch Doppel- und Überbelastungen berufstätiger Frauen gefährdet werden.

Auf dem Weg zu einem modernen Frauenbild sind viele Maßnahmen notwendig, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit für Frauen führen. Darin kann sich Feminismus aber nicht erschöpfen. Es geht auch um patriarchale Strukturen und die Einengung durch traditionelle Rollenbilder. Die traditionellen Einstellungs- und Deutungsmuster wirken sehr subtil. Sie müssen bewusst gemacht werden, um jüngere Frauen aufzurütteln und zu motivieren, gegen diese Strukturen anzugehen. Ein ermutigendes Beispiel dafür ist Anne Wizorek, die 2013 mit ihrer twitter-Kampagne »#Aufschrei« auf Sexismus im Alltag aufmerksam machte und sich weiterhin für moderne Geschlechterbilder einsetzt.

Kreuzzug gegen Vielfalt

Ein Überblick über die gender- und familienpolitischen Positionen der AfD von Carina Book

*»Die AfD bietet als einzige relevante Partei Menschen eine Zuflucht, die an einer Berechtigung der Homo-Ehe und einem schrankenlosen Abtreibungsrecht zweifeln.«
AfD-Aktivistin*



Sie erscheinen wie eine Bewegung aus längst vergangenen Tagen: Mit 1000 weißen Holzkreuzen und Parolen wie »Deutschland treibt sich ab« oder »Frauen werden zur Abtreibung von Familie und Gesellschaft genötigt« ziehen mehrere tausend Demonstrant*innen im September 2014 bei ihrem jährlichen Kreuzzug durch Berlin. Neben

Anhänger*innen der antisemitischen und höchst homophoben Piusbruderschaft, der Partei Bibeltreuer Christen und des christlich-fundamentalistischen Bundesverbands Lebensrecht finden sich in der ersten Reihe auch andere bekannte Gesichter wieder: zum Beispiel das von Beatrix von Storch, ihres Zeichens Europaabgeordnete der Alternative für Deutschland. Sie gilt parteiintern als Kopf des erzkonservativen christlichen Flügels der AfD, der neben dem marktradikalen und dem nationalkonservativen Flügeln einen der tragenden Pfeiler der Partei darstellt. Beatrix von Storch will auch auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass »Lebensschutz« zu einem Thema wird, und steht in ihrer Partei mit diesem Ansinnen nicht alleine da. Auch ihre Parteikollegin Frauke Petry engagiert sich gegen Schwangerschaftsabbrüche und für traditionelle Familienentwürfe als Keimzelle der Nation. Darüber hinaus setzt sie sich für eine Volksabstimmung zur Verschärfung des Abtreibungsparagrafen 218 ein. Die AfD trauert dem Monopol der Traditionsfamilie nach und ignoriert, dass andere Formen von Lebensgemeinschaften wie Patchworkfamilien, Alleinerziehung und homosexuelle Partner*innenschaften längst gesellschaftliche Normalität sind.

»Die Familien brauchen in unserer Gesellschaft einen starken Anwalt, denn die Leistungen, die die Familien für die Gesellschaft erbringen, die sind ja mit Geld gar nicht zu bezahlen. Der stärkste Motor, das ist Liebe! Und das ist nun mal die Liebe der Eltern zu ihren Kindern. Das ist einfach unschlagbar!«, propagiert Beatrix von Storch und bezieht sich dabei ausschließlich auf ein heterosexuelles Verständnis von Ehe und Familie, zu der ein Vater, eine Mutter und

Kinder gehören. Sogar die rechtliche Gleichstellung nicht-heterosexueller Ehen lehnt die AfD ab. Kristallisationspunkt dieser rückwärtsgewandten und homophoben Strömung ist der Arbeitskreis Christen in der Alternative für Deutschland, den u.a. Martina Kempf in Baden-Württemberg gründete und der nun auch bundesweit ausgebaut werden soll.

In Stuttgart, aber auch in Hannover und Leipzig, formiert sich unter dem Banner »Demo für alle – Ehe und Familie vor – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!« eine Allianz gegen Schulbildungspläne, nach denen Kindern beigebracht werden soll, dass zu unserer Gesellschaft nicht nur heterosexuelle Menschen gehören. Organisiert werden diese Demonstrationen vom so genannten Familienschutz, einer Initiative der Zivilen Koalition, der Beatrix von Storch vorsitzt. Doch die Bildungspläne lösen nicht nur hier Stürme der Entrüstung aus. Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg begreift die Vorhaben zur Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen gegenüber der Vielfältigkeit sexueller Identitäten als »eklatante Missachtung der Elternrechte bei der Erziehung und die Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender-Mainstreaming«.

Diskriminierungen von Menschen, die sich nicht in das zweigeschlechtliche Schema einordnen (lassen) oder keine heterosexuellen Lebens- und Liebesvorstellungen haben, sind für Betroffene oft an der Tagesordnung. Gerade Sexualpädagogik in der Schule kann eine gute Basis bilden, um Diskriminierungen entgegenzuwirken, Solidarität herzustellen und eine Unterstützung für homo-, trans-, intersexuelle und/oder queere Jugendliche und Erwachsene zu erzeugen. Hierin sieht die AfD keinen emanzipatorischen Fortschritt, sondern einen Angriff auf Familie und Ehe und eine Gefährdung der Kinder, vermittelt durch eine »ideologische Gender-Umerziehung«. Als zentrales Feindbild wird das Gender Mainstreaming benannt, welches als staatlich verordnete Maßnahme zur Auflösung von Geschlechteridentitäten, Verleumdung der natürlichen Zweigeschlechtlichkeit und Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft verstanden wird.

So verwundert es kaum, dass auch die Einstellung von Gender-Forschung an wissenschaftlichen Einrichtungen gefordert wird; schließlich stellt diese das Konzept der natürlichen Zweigeschlechtlichkeit in Frage. Einen regelrechten Shitstorm löste Lann Hornscheidt mit dem Wunsch aus, geschlechtsneutral angesprochen zu werden, nämlich als »Profx«, da sich Hornscheidt keinem Geschlecht zuordnen kann und will. Die Bürgerschaftskandidatin der Hamburger AfD, Karina Weber, hat hierfür nur Häme und Spott übrig: »Völlig absurder Artikel von einer verblendeten Schreibsuse...«, lästert sie via Facebook.

Auch bei der Jungen Alternative Hamburg gibt es nur alten Wein in neuen Schläuchen. Die Förderung von Gleichstellungseinrichtungen durch öffentliche Mittel bezeichnet sie als Verschwendung und behauptet, dies stelle »einen Schlag ins Gesicht jedes normalen Bürgers dar«, da das Geld in den Erhalt öffentlicher Einrichtungen fließen müsse.

Von der Quote zum Quötchen von Cornelia Möhring

»Öffentliche oder private Ämter sind diskriminierungsfrei allein nach dem Maßstab der Qualifizierung und der Leistung zu besetzen. Die AfD lehnt Gleichstellungspolitik durch Quoten als normierenden Zwang ab. (...) Die meisten Gleichstellungsgesetze verankern die Frauenförderung, da Frauen aufgrund der problematischen Vereinbarkeit von Familie und Beruf benachteiligt seien. In der modernen Gesellschaft trifft dies jedoch sowohl auf Mütter als auch auf Väter zu. Es trifft aber nicht bei kinderlosen Frauen zu. Nach geltendem Recht ist es zulässig, bei gleicher Qualifikation eine kinderlose Frau einem Vater bei der Stellenbesetzung vorzuziehen. Diese antiquierte Rechtslage wird weder der gesellschaftlichen Realität noch dem Rechtsempfinden gerecht.«

aus dem AfD-Wahlprogramm zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015



Es ist kein Zufall, dass die AfD in diesem Zitat nicht genauer beschreibt, wessen Rechtsempfinden denn nun von Gleichstellungsgesetzen gestört sei. Schließlich ist anzunehmen, dass wir hier lediglich auf eine kleine Stamm-tisch-Männerrunde stoßen. Wie eine

Forsa-Umfrage aus dem April 2015 zeigt, fällt die Partei bei Frauen durch: Nur 2% der weiblichen Befragten würden die AfD wählen.

Das liegt sicherlich daran, dass die AfD gleich in mehrfacher Hinsicht an der Realität (von Frauen) vorbeiaargumentiert. Zunächst sind Mütter von der Vereinbarkeitsproblematik noch immer weit stärker betroffen als Väter. Es sind die Frauen, die den Großteil der Kindererziehung und unentlohnten Hausarbeit übernehmen. Tradierte Rollenbilder und falsche staatliche Anreize wie Ehegattensplitting oder Betreuungsgeld schreiben dieses Verhältnis fort. In Folge bedeutet das längere Erwerbsunterbrechungen und häufigere Teilzeitjobs im Vergleich zu Männern sowie damit zusammenhängende Schwierigkeiten bei der Rückkehr auf eine Vollzeitstelle und dem Aufstieg auf der Karriereleiter.

Männer, die Familienaufgaben wahrnehmen, ziehen hingegen eher Vorteile aus dieser Situation, wie Erfahrungen von Gleichstellungsbeauftragten zeigen. So etwa durch bessere Beurteilungen, die den Extra-Aufwand honorieren – jenen Extra-Aufwand, den Frauen schon seit Jahrhunderten übernehmen.

Nichtdestotrotz sind Gleichstellungsbeauftragte auch für diese Männer zuständig und nehmen diese Aufgabe aktiv wahr. Geltende Maßnahmen adressieren die Vereinbarkeitsproblematik also für beide Geschlechter.

Die konsequente Ablehnung der staatlichen Förderung von Gleichstellung schlägt sich auch in der Position zur Frauenquote nieder: »Wir haben null Bock auf Quote, denn wir halten lediglich die Erfahrung und die Kompetenz für die Besetzung von Stellen für relevant. Auch vermeintlich positive Diskriminierung bleibt Diskriminierung. Wir sind die Speerspitze einer neuen Form der Frauenrechtsbewegung. Wir vertreten die selbstbewussten und kompetenten Frauen, die es ohne Quotendoping schaffen wollen (und auch schaffen)!«

Auch aus feministischer Perspektive kann berechtigte Kritik an der Frauenquote formuliert werden, denn sie greift weder bei Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen an, noch bei ungleicher Aufteilung unbezahlter Arbeit oder der besonders dramatischen Prekarisierung in »frauentypischen« Berufen. Sie schafft auch nicht die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sexualisierte Übergriffe mit vermeintlich aufreizendem Verhalten oder Kleidung des Opfers gerechtfertigt werden, ab oder verhindert, dass weibliche Körper zum Beispiel auf Werbeplakaten zu Objekten gemacht werden. Kurz: Die Frauenquote ändert nichts am sexistischen Normalzustand und nützt nur einigen wenigen, ohnehin privilegierten Frauen. Dennoch gibt es hartnäckige Realitätsverweigerer wie Tim Wiemer, Vorsitzender der hessischen Jungen Alternative, der sagt: »Der Zustand der Gleichberechtigung ist erreicht.« Darüber hinaus liefen »wir Gefahr, dass es zu einer Benachteiligung des Mannes kommt.«

Dass die Junge Alternative sich als »Speerspitze einer neuen Form der Frauenrechtsbewegung« versteht, grenzt angesichts ihrer Kampagne »Gleichberechtigung statt Gleichmacherei« an blanken Hohn: Zur Illustration eben dieses Wahlspruches werden die Rückansichten von fünf Frauen präsentiert, die mit nicht mehr als einem Tanga bekleidet sind. Das Bild löste einen Hagel der Kritik aus, auf den die Junge Alternative prompt eine nicht mindersexistische Antwort lieferte. Diesmal einen einzelnen Frauenpo mit der Aufschrift: »Gegen Political Correctness«. Wenngleich die Junge Alternative hiermit zunächst den Eindruck einer spätpubertären Jungengruppe macht, stößt Antifeminismus offenbar auch bei ihren weiblichen Mitgliedern auf Zuspruch. So beteiligten sich dutzende Frauen an der Kampagne »Ich bin keine Feministin, weil...« und bekannten sich mit selbst geschriebenen Schildern zu Thesen wie: »Ich bin keine Feministin, weil ich als Frau auch selbst in der Lage bin, über mich zu bestimmen«. Interessant ist, dass die vertretenen Positionen ihren Ursprung in den Forderungen feministischen Frauenbewegungen haben. Sowohl die Forderung nach der Anerkennung und Bezahlung von häuslicher- und Reproduktionsarbeit als auch das klare Bekenntnis zur Selbstbestimmung sind urfeministische Positionen. Dass eben diese von den Kampagnenteilnehmenden als antifeministisch dargestellt werden, lässt auf einen unaufgeklärten Feminismusbegriff schließen.

Für die Weiterentwicklung hin zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft ist es notwendig, dass wir solches Gedankengut entschieden zurückweisen, Unterdrückungsmechanismen angreifen und solidarisch dagegen handeln.

Gleichstellungsgesetze sollen jedoch nicht nur die Vereinbarkeit für Mütter und Väter verbessern, sondern auch strukturellen Benachteiligungen von Frauen in Familie und Gesellschaft entgegenwirken. Schließlich steht im Grundgesetz, Art. 3, geschrieben: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« Hier ist der springende Punkt, der offenlegt, dass die formal-rechtliche Gleichstellung der Geschlechter allein nicht sicherstellt, dass diese real schon erreicht wurde. Bis sie erreicht ist, bedarf es einer spezifischen Frauenförderung. Ein herausragendes Beispiel für Gleichstellungspolitik in diesem Sinne ist die im Mai 2015 in Kraft getretene Frauenquote von 30% für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen. Jahrelange Selbstverpflichtungen haben nichts daran geändert, dass die Chefetagen männerdominiert geblieben sind. Dabei fehlt es nicht an kompetenten Bewerberinnen für diese Positionen, nicht zuletzt die stetig steigende Zahl an Uni-Absolventinnen spricht dafür. Aber strukturelle Diskriminierung übertrumpft individuelle Qualifikation. Sicher hängt dies zum Teil mit der Vereinbarkeitsproblematik zusammen, um die auch die Arbeitgeber wissen. So sind nicht nur die tatsächlichen Kinder oft ein Karrierehindernis, sondern auch die potenziellen. Unterstellte Familienplanung alleine ist dann schon ein Element in der »gläsernen Decke«. Außerdem kommen andere Faktoren hinzu, nicht zuletzt männliche Ängste, die billigen oder gar kostenlosen Arbeitskräfte zu verlieren. Dass hiergegen nicht mit Absichtserklärungen, sondern nur mit klaren gesetzlichen Regeln vorgegangen werden kann, zeigen die heftigen Reaktionen, die die Frauenquote hervorgerufen hat, obwohl sie letztlich für nur 101 Unternehmen überhaupt bindend ist. Ein Quötchen bringt ganze Männerbünde zum Zittern. Und so konnte sie auch nur mit der gleichzeitigen Aufweichung des Bundesgleichstellungsgesetzes, die im Schatten der Quotendiskussion stattgefunden hat, durchgesetzt werden. Damit wollte die Koalition zunächst eine Förderung von Männern für jene Bereiche festschreiben, in denen sie unterrepräsentiert seien. Dass Männer in bestimmten Bereichen unterrepräsentiert sind, spricht jedoch mehr für die mangelnde Attraktivität des Arbeitsplatzes als für ihre Benachteiligung. Aus diesem Grund hagelte es in einer Anhörung im Familienausschuss auch heftige Kritik von fast allen Seiten. Aber anstatt die Geschlechtsblindheit im Bundesgleichstellungsgesetz einfach wieder zu streichen, hat die Koalition die Förderung von Männern unter den Vorbehalt der »strukturellen Diskriminierung« gestellt. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verhältnisse ist dieser Perspektivwechsel nicht zu begründen, wird aber in der Praxis zu zahlreichen Problemen führen. Ein Vorhaltegesetz für bis dato unbekannte gesellschaftliche Entwicklungen ist mehr als absurd und zeigt, dass die Große Koalition sich nicht ausreichend zur Gleichstellung von Frauen mit Männern bekennt. Damit fischt sie letztlich im selben Becken wie die AfD, auch wenn sie sich wohl gerne davon distanzieren würde.

Gender Mainstreaming – was ist das?

Beantwortet von Christine Detamble-Voss

*»Die AfD lehnt ein Gendermainstreaming, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab.
aus dem Europawahlprogramm der AfD 2014*

*Dieser ganze Genderkram zeigt eigentlich nur eines. Die Dekadenz einer gesättigten Gesellschaft. Was soll die Auflösung der biologischen Identität bringen? Nichts... Damit sich was ändert, brauchen wir Männer und Frauen, also Geschlechter, wie Gott sie schuf. Forschungen zeigen, dass selbst Säuglinge je nach Geschlecht unterschiedliche Interessen hegen. So ist die Natur, das können Ideologen nicht wegdefinieren.«
Beatrix von Storch, kath.net*



Die Zitate zeigen: Die AfD hat den Unterschied zwischen Sex und Geschlecht nie begriffen oder will ihn nicht begreifen.

Nun die Erklärung: Was ist Gender Mainstreaming?

Gender. Die englische Sprache unterscheidet zwischen dem biologischen Geschlecht (*sex*) und dem sozialen Geschlecht (*gender*). Mit Gender werden gesellschaftliche und kulturell geprägte Rollen, Rechte, Pflichten, Ressourcen,

Interessen von Männern und Frauen bezeichnet. Mit **Mainstreaming** (= großer Strom) ist gemeint, dass dieser geschlechterbezogene Denkansatz in allen gesellschaftlichen Prozessen angewendet werden soll. Das Ziel ist, dass ein geschlechterbewusstes Denken und Handeln zum normalen und selbstverständlichen Handlungsmuster einer Organisation und einer Gesellschaft gehört. Es wird zum Arbeitsalltag.

Mit Gender werden die gesellschaftlich bestimmten Rollen, Rechte und Pflichten von Frauen und Männern bezeichnet. Dazu gehören auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Soziale Unterschiede zwischen Frauen und Männern werden, bedingt durch die ökonomischen und kulturellen Verhältnisse in der Gesellschaft, erlernt und sind somit nicht angeboren, sondern veränderbar. Das soziale Geschlecht ist daher nicht ein für allemal festgelegt, sondern veränderbar und entwicklungsfähig und vor allem auch beeinflussbar. Gender

Mainstreaming ist eine Strategie, eine Methodik; kein isoliertes Fachthema. Also eine Querschnittsaufgabe, die sich bei allen Themen der Menschheit stellt.

Es ist davon auszugehen, dass in der Gesellschaft und in ihren Institutionen wenig oder gar kein Wissen über die tatsächliche Situation von Frauen und Männern bekannt ist. Geschweige denn über die Ursachen für ihre Unterschiede. Die Entwicklung einer so genannten Gender-Sensibilität ist Voraussetzung für ein qualifiziertes Beurteilungsvermögen der geschlechtspolitischen Auswirkungen von politischen Maßnahmen, z.B. Gesetzen.

Voraussetzung dafür ist eine konsequente geschlechtsspezifische Datenerhebung und Auswertung. Das Vorhandensein von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Statistiken bildet die Grundlage für die Identifikation von Themenfeldern und Bereichen, in denen Ressourcen, Macht, Information zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt sind, und ein chancengerechtes Miteinander von Frauen und Männern blockieren.

Was ist durch Gender Mainstreaming möglich? Ein höherer Grad an gleichstellungspolitischer Effektivität durch Erhöhung der Passgenauigkeit von politischen Programmen und Wahlanalysen und der daraus sich ergebenden Maßnahmen. Und ein Abbau von Nachteilen für beide Geschlechter.

Gender Mainstreaming ist keine Frauenpolitik und macht gezielte Frauenförderung nicht überflüssig.

Seit wann gibt es Gender Mainstreaming? Die Idee des Gender Mainstreamings wurde bereits 1985 auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi geboren, die Initialzündung für die Umsetzung dieser Politikstrategie ging jedoch erst zehn Jahre später von der Pekinger Weltfrauenkonferenz aus.

Auf diesen Konferenzen stellte sich heraus, dass Gesetze erlassen wurden, die erst nach deren Verabschiedung zeigten, dass sie zum Nachteil von Frauen sind. Es wurde beschlossen, dass schon bei der Verabschiedung von Gesetzen ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen überprüft werden müssen, um die entsprechende Benachteiligung bekannt zu machen und sich politisch dagegen wehren zu können.

Am 17. September 1999 hat das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Politik des Gender Mainstreamings in ihre lokale, regionale und nationale Politik einzubinden.

Seitdem ist durch Forschungen und Analysen Erstaunliches zutage getreten. Zum Beispiel beim Herzinfarkt: Er war immer als Männerkrankheit bekannt. Die Symptome: Enge in der Brust, Panik und heftige Schmerzen, ausstrahlend in den linken Arm. Nun hat sich wissenschaftlich erwiesen, dass Frauen diese Symptomatik nicht haben, sondern häufig über Rückenschmerzen und Übelkeit klagen. Sie wurden, und werden noch immer, häufig zu Orthopäd*innen und zu Neurolog*innen entsendet. Wenn diese nichts finden, wurden sie oft mit Psychopharmaka und Schmerzmittel ruhiggestellt. Infolge starben und sterben Frauen häufiger an Herzinfarkten als Männer.

Oder Medikamente: Sie werden fast ausschließlich an männlichen Testpersonen getestet. Dass Frauenkörper anders reagieren, wird negiert. Männer haben auch keinen Facharzt, der sich speziell mit all ihren Beschwerden befasst. Zum Beispiel mit männlichem Brustkrebs. Was sollen sie damit bei Urolog*innen?

Gender Mainstreaming wird von der AfD bekämpft, weil ihre Anhänger*innen Geschlecht nur biologisch, im Sinne von sex, definieren wollen, mit klaren biologisch bedingten Aufgaben in der Gesellschaft. Das soziale Geschlecht im Sinne von Genderpolitik wird zutiefst abgelehnt. Ihre Vorstellungen von den Geschlechterrollen von Mann und Frau bedingen sich gegenseitig und sind altbekannt. Hier einige Stichworte zur »Erinnerung«:

- Frauensachen: Familie, Kinder, Haus und Kochen (außer Grillen), Garten, Blumen (außer Rasenmähen und Hecke schneiden), freudiges Gebären, bescheiden sein und Mann bewundern. Schnulzenfilme, schön sein für den Mann, Sexbombe und Pflegerin ...
- Männergebiet: Geld verdienen, Familie beschützen, Frau beschützen, Kinder beschützen (besonders die Töchter), alles Schwere tragen, Müllrausbringen, Fußball gucken, Vaterland verteidigen, stark sein, hart sein. Kämpfen, töten, führen etc.

Die AfD spricht auch von Gleichberechtigung von Frau und Mann. Aber nur in dem Sinne, dass diese »angeborenen«, traditionellen Geschlechterrollen nicht in Frage gestellt werden dürfen!

Die AfD will das Rad der Geschichte zurückdrehen. Zurück ins 19. Jahrhundert. Zurück zur unaufgeklärten Frau, die eine Schwangerschaft erst daran bemerkte, weil ihr übel wurde. Ein Dauerbrenner bis heute. Für Frau von Storch ist die Frau vor allem eine Gebärmaschine. Besonders die deutsche Frau, die nun fleißig bereit sein soll, alles zu tun, damit das deutsche Volk nicht ausstirbt. Wirklich ALLES?

Warum aber oft auch unter Linken eine Ignoranz bis zur offenen Ablehnung von Gender Mainstreaming vorhanden ist, ist mir bis heute ein Rätsel. Dagegen wurden in allen ver.di-Fachbereichen schon bei der Gründung 2001 Genderbeauftragte eingestellt, um sämtliche Gewerkschaftsekretär*innen zu schulen und für die Sichtweise von Gender Mainstreaming zu sensibilisieren, und neben den gewählten Frauengremien gab und gibt es auch immer Genderbeauftragte und für die Beschäftigten von ver.di eine Frauenbeauftragte.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Auseinandersetzung mit der AfD zu einer sachlichen Befassung mit Gender Mainstreaming in der Hamburger LINKEN und unter deren gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Bezirk und in der Bürgerschaftsfraktion führt. Und ich hoffe, dass wir mit der konkreten Bekämpfung und Prävention von geschlechterbezogener Diskriminierung und Unterdrückung weiterkommen. Eine geschlechterbezogene Wahlanalyse wäre ein guter Anfang.

Die Schattenseiten von Ehe und Familie

von Angelika Damm

»Das Geld für 250 Gender-Lehrstühle an deutschen Hochschulen könnten wir besser für unsere Familien verwenden. ... Mir liegen die Initiativen für Ehe und Familie und gegen das elende Gendermainstreaming besonders am Herzen.«

Beatrix von Storch, kath.net



Mir scheint, dass Frau von Storch vollständig ahnungslos ist, was Gender Mainstreaming bedeutet, aber dafür nicht gerade vorurteilsfrei.

Dagegen setze ich mich in meinem Arbeitsbereich täglich mit der Schattenseite der Ehe und Familie auseinander.

Der Trägerverein 2. Hamburger Frauenhaus e.V. betreibt das zweite Frauenhaus und dient dem Schutz und der Hilfe für von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen und ihre Kinder. Durch professionelle Unterstützung werden die Betroffenen gestärkt, ihre Lebenssituation neu zu ordnen und Perspektiven für ein gewaltfreies Leben zu entwickeln.

Die Beratung ist ressourcen- und lebensweltorientiert und hat als Grundsatz das Instrument Empowerment. Sie ist parteilich und ausgerichtet auf

die Stärkung der Frau, wobei die ganzheitliche Sicht auf die Klientin, auf ihre Bedürfnisse, Ressourcen und Fähigkeiten, Teil der pädagogischen Haltung der Mitarbeiterinnen ist.

In den fünf Hamburger Frauenhäusern suchen jährlich rund 1500 Frauen und Kinder Schutz vor Gewalt im sozialen Nahraum, sei es durch Ehemänner, Freunde, Väter, Brüder etc. Die Auslastung der Plätze beträgt zwischen 95 und 105%. Wir nehmen Frauen und Kinder rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche auf. Wenn die Häuser voll belegt sind, vermitteln wir sie ggf. in andere Bundesländer, die freie Plätze haben, weiter.

Die Frauen leben bei uns zum Teil über Monate in Mehrbettzimmern mit anderen Frauen und Kindern zusammen, bis sie eine eigene Wohnung gefunden haben. Seit mehreren Jahren gestaltet sich die Wohnungssuche für Frauenhausbewohnerinnen immer schwieriger. Es fehlen Wohnungen im bezahlbaren Preissegment, Wohnungen, die den Mietübernahmegrenzen nach dem SGB II entsprechen, und auch Wohnungen in entsprechender Größe, z.B. für Familien mit mehr als drei Kindern oder für alleinstehende Frauen.

Die längst noch nicht erfolgte Gleichstellung von Mann und Frau wirkt sich auf die vor häuslicher Gewalt geflüchteten Frauen auf gravierendere Weise aus, als es ohnehin schon im Allgemeinen im Gleichstellungsbericht von 2011 beschrieben ist. Wie oben erwähnt, ist es besonders für Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen derzeit so gut wie unmöglich, eine Wohnung in Hamburg zu finden.

Rund 50% der im Frauenhaus lebenden Personen sind Kinder. Für die Mädchen und Jungen wird ein spezielles auf sie ausgerichtetes pädagogisches Angebot vorgehalten. Mädchen und Jungen, die ins Frauenhaus kommen, sind entweder Zeugen der Gewalt gegen ihre Mutter und/oder selbst unmittelbar von Gewalt betroffen. Beides hat vielfältige Auswirkungen auf ihre gesundheitliche, geistige und emotionale Entwicklung.

Die Flucht ins Frauenhaus bedeutet für die Mädchen und Jungen eine einschneidende Veränderung ihres bisherigen Lebens. Sie verlassen ihre vertraute Umgebung, den Vater, Verwandte, Schule oder Kindergarten, Freundinnen und Freunde. Sie müssen sich in einer fremden Umgebung neu einleben.

Gleichzeitig erleben sie eine spürbare Entlastung, wenn sie selbst und ihre Mütter nicht länger der Gewalt des Vaters ausgesetzt sind. Mädchen und Jungen haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Sie sind auf ihrem Weg angewiesen auf Fürsorge und Begleitung durch Erwachsene.

Mütter, die mit ihren Kindern im Frauenhaus leben, haben begründete Angst vor der Eskalation von Konflikten um Sorgerecht und Umgangsregelungen. In der Trennungsphase ist für die Frauen die Gefahr, weitere und massivere Gewalt durch den Ehemann bzw. Partner zu erleben, sehr groß.

Vor diesem Hintergrund muss vor einer gerichtlichen Entscheidung zum Umgangs- oder Sorgerecht äußerst sorgfältig geprüft werden, ob und in welchem Rahmen Väter, die gewalttätig sind, überhaupt in der Lage sind, liebevolle und fürsorgliche Erziehungsverantwortung übernehmen zu können.

Dabei muss es darum gehen, den Bedürfnissen des Kindes gerecht zu werden, und gleichzeitig muss der Schutz vor weiteren Übergriffen für Mutter und Kind wirksam sichergestellt werden. Viele gewalttätige Väter üben über den Kontakt zu den Kindern weiterhin Druck auf ihre Frauen aus. Diese Einflussnahme durch die Väter belastet auch die Kinder massiv. Daher ist es unserer Erfahrung nach sehr wichtig und für die Kinder entlastend, das Umgangsrecht der gewalttätigen Väter auszusetzen.

Alle Lebens- und Liebesformen benennen

von Gila Rosenberg

»Die kleinen Stöpsel tun mir leid, wenn sie in der Schule jetzt beigebracht bekommen, was Lesben untenrum machen.«

Beatrix von Storch im Tagesspiegel

Liebe Frau von Storch!

Zuallererst: Es gibt Worte für »untenrum«. Auch wenn Ihnen das entgangen zu sein scheint, ist es wichtig und gesund, dass Mädchen und Frauen ihre Geschlechtsorgane benennen können.



Wie wäre es z.B. mit Vagina, Scheide ...? Selbst die Bezeichnungen »Genitalien« oder »Geschlechtsorgane« wären nicht so abwertend und negierend wie das Wort »untenrum«. Aber das nur am Rande. Sie haben definitiv das Prinzip von Aufklärung und der Darstellung (sexueller) Vielfalt in Schulen nicht be-

griffen und mir ist schleierhaft, was genau Ihnen so große Angst macht. Ich werde es ganz einfach erklären: Es geht NICHT um die explizite Darstellung unterschiedlichster Sexpraktiken (ging es auch noch nie), sondern um die Einbindung aller Lebensformen in den Unterricht. So könnte in einer Mathematikaufgabe von einem lesbischen Paar, in einem Deutschaufsatz über einen schwulen Mann oder im Biologieunterricht über Trans- und Intersexualität gesprochen werden. Es geht auch nicht vornehmlich um Sex. Es geht um die Benennung *aller* Lebens- und Liebesformen. Es geht darum, dass Kinder und Jugendliche mit dem Bewusstsein aufwachsen, dass es mehr gibt als Mann & Frau, schwarz & weiß, Vater, Mutter & Kind, dass es okay ist, wenn sie anders fühlen als ihre Mitschüler*innen, darum, dass sie wissen, dass sie nicht alleine sind.

Lesbische Mädchen und Frauen werden heute nach wie vor diskriminiert, unsichtbar gemacht und sind täglichen verbalen und auch physischen Angriffen ausgesetzt. Und das nicht zuletzt aufgrund der beengten und kurzsichtigen Denkweise von Menschen wie Ihnen. Liebe Beatrix von Storch, hätten Sie »obenrum« mehr drin, würden Sie nicht auf die Idee kommen, solche unqualifizierten und engstirnigen Sätze von sich zu geben wie den eingangs zitierten.

Kommen Sie doch einfach mal im Junglesbenzentrum in Hamburg vorbei und überzeugen Sie sich davon, dass die Lesben, die sich dort aufhalten, wunderbare Mütter, Schwestern, Cousinen, Tanten und Freundinnen der von Ihnen so bedauerten »kleinen Stöpsel« sind.

Grüße aus Hamburg, Gila Rosenberg

Wie wichtig ist die Geburtenrate?

von Susanne Lohmann

»Wir sind auch die Alternative zur offen betriebenen Herabsetzung und Verhöhnung der Familie. Als natürlichste aller Gemeinschaften genießt für uns die Familie eine besondere Bedeutung und bedarf daher des besonderen Schutzes. ... Ziel einer Familienpolitik ... ist, die wertestiftenden Funktionen der Familie zu stärken und die Geburtenrate zu erhöhen.«

aus dem AfD-Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen 2014, S. 2f.



Hartnäckig hält sich in konservativen Kreisen die irrige Auffassung, Hebammen könnten ihre Vertrauensstellung bei Schwangeren und Müttern oder ihre gesellschaftliche Position ganz allgemein dazu nutzen, Frauen dazu zu bewegen, mehr Kinder zu bekommen.

Seit Jahrzehnten ist die Geburtenziffer in Deutschland weit von den 2,1 Kindern pro Frau entfernt, die nötig wären, um die Einwohnerzahl allein aus der Nachkommenschaft der hiesigen

Bevölkerung stabil zu halten. Relativ konstant liegt sie mit 1,4 Kindern pro Frau auch im europäischen Vergleich im unteren Drittel.

Soziologische Untersuchungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Frauen und Männer im entsprechenden Alter die Frage, ob und wann sie ein Kind bekommen wollen, nur schwer beantworten können. Ein Großteil wünscht sich Kinder, viele bleiben dennoch kinderlos; am häufigsten, weil sie nicht den richtigen Partner, die richtige Partnerin dafür finden.

Ob Kinder in den eigenen Lebensplan von Frauen passen, hängt aber auch von Faktoren ab, auf die staatliche Politik Einfluss nehmen kann. Das betrifft beispielsweise das allgemeine Einkommensniveau von Paaren, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und inwieweit es gesellschaftlich akzeptiert wird, dass Mütter mit jüngeren Kindern berufstätig sind.

Im AfD-Wahlprogramm für Hamburg (S. 26) wird hier ein Gegensatz zwischen Frauenförderung und »Elternförderung« konstruiert und dahingehend gelöst, dass man die Berufstätigkeit von Vätern fördern wolle. Frauen wird damit nahegelegt, in die traditionelle Rolle der Familienmutter zurückzukehren oder sich eben allein durch's Leben zu schlagen.

Es stellt sich die Frage, durch welche staatlichen Eingriffe die AfD sonst noch auf die Geburtenziffer Einfluss nehmen will. Ginge es darum, mehr ungewollte

Kinder zu bekommen, könnte man dies durch Einschränkung von Sexualaufklärung (Andeutungen in diese Richtung finden sich im AfD-Wahlprogramm für Sachsen 2014, S. 7) und effektiven Verhütungsmitteln erreichen. Die Folgen wären vermutlich zunehmende Fälle von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlungen und eine insgesamt abweisende Erziehungshaltung gegenüber den unerwünschten Kindern.

Eine weitere Konsequenz wäre die Zunahme (illegaler) Schwangerschaftsabbrüche, die, wenn sie nicht fachgerecht ausgeführt werden, häufiger auftretende Fälle schwerer Blutungen und Infektionen nach sich ziehen und für die Frauen lebensgefährlich werden können. Also gäbe es wieder Zustände wie in den 1960er Jahren, vor den Errungenschaften der zweiten Frauenbewegung.

Ein weiterer wichtiger Faktor in der Geburtenentwicklung ist die Frage, ob und in welchem zeitlichen Abstand eine Frau ihr zweites Kind zur Welt bringt. Außer von den oben genannten allgemeinen Faktoren scheint das davon abzuhängen, welche Erfahrungen Frauen bei ihrer ersten Geburt machen. Traumatische Erlebnisse und mangelnde Betreuung wirken abschreckend und verschieben den Entschluss zu einer weiteren Schwangerschaft zumindest über Jahre.

Durch einen besseren Personalschlüssel der Hebammen in den geburtshilflichen Abteilungen ließe sich hier viel erreichen. Davon ist aber nicht die Rede bei der AfD Hamburg. Insgesamt scheint die Gesundheitspolitik bei der AfD noch eine große Leerstelle zu sein.

... so lange brauchen wir Gleichstellungsgesetze von Karin Schönewolf

»In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern, muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.«

aus dem Europa-Wahlprogramm der AfD 2014



Es wäre ja so wunderbar, wenn Chancengleichheit das übergeordnete Ziel der Politik wäre. Da dies aber nicht der Fall ist, brauchen wir Quoten und gesetzliche Regelungen.

Im Öffentlichen Dienst haben die Gleichstellungsgesetze immerhin schon vielen Frauen zu qualifizierten Jobs verholfen. Das ist gut so und immer noch ausbaufähig. Auch wenn das neue Gleichstellungsgesetz da etwas anders gestrickt ist und auch Männer, wenn sie in der Minderheit sind, als ein diskriminiertes Ge-

schlecht mit aufgenommen hat. Aber das ist eine andere Baustelle.

In der Privatwirtschaft hat die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen zur Frauenförderung, wie befürchtet, zu fast keinen Veränderungen geführt. Deshalb bedarf es dort ebenfalls gesetzlicher Vorschriften, die regeln, dass auch in der Privatwirtschaft bei gleicher Qualifikation bevorzugt Frauen einzustellen sind bzw. Leitungsfunktionen mit Frauen besetzt werden müssen.

Dabei muss dann auch hinterfragt werden, wer definiert, was Qualifikation ist. Im Zweifel gelten die männliche Norm und entsprechende Kriterien, die Frauen aufgrund ihrer Lebensverläufe nicht erfüllen können, obwohl sie Fähigkeiten mitbringen, die auch im Job gefragt sind. Beziehungsweise es wirken die Männernetzwerke, in denen sich Männer gegenseitig die Jobs zuschieben.

Dazu gehört auch, dass Frauen aufgrund ihrer Erziehung nicht sofort »Hier« schreien, obwohl sie die nötigen Eigenschaften und Fähigkeiten für bestimmte Jobs haben. Das ist sicher auch einer der Gründe, weshalb Frauen weniger in gut bezahlten Jobs zu finden sind. Und dies wiederum ist einer der Gründe, weshalb Frauen im Durchschnitt weniger verdienen als Männer.

In Deutschland beträgt der Lohnunterschied immer noch durchschnittlich 22%, und das ist ein Skandal. Ein Entgeltgleichheitsgesetz könnte hier Abhilfe schaffen, indem es Gehaltsstrukturen transparenter und bisher nicht sichtbare geschlechtsspezifische Gehaltsunterschiede sichtbarer und bekämpfbarer machen würde.

Zwei weitere Aspekte würden helfen, die Lohnunterschiede zu minimieren. Zum einen die ideelle und materielle Aufwertung der Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, wie z.B. die der Erzieherinnen oder der Frauen, die in der stationären oder ambulanten Pflege tätig sind. Da bedarf es auch des eigenen Umdenkens und des Wertschätzens der Arbeit, die Frauen in den Berufen leisten.

Zum anderen braucht es die konsequente Anwendung des eg-checks, d.h. die Prüfung der Entgeltgleichheit, bei der Erstellung von Tarifverträgen.

Solange es keine Selbstverständlichkeit ist, dass es genauso viel oder sogar mehr Frauen in Führungspositionen gibt, brauchen wir Quotenregelungen. Solange so genannte Frauenberufe nicht mindestens genauso wertgeschätzt und entlohnt werden wie so genannte Männerberufe, solange braucht es gesetzliche Regelungen, die da Abhilfe schaffen.

Es ist illusorisch zu glauben, dass die strukturelle Diskriminierung von Frauen ohne Eingreifen des Staates und der Politik zu beseitigen ist.

Wie Rassismus aus Wörtern spricht von Tanja Chawla

»Die Indianer konnten die Zuwanderung nicht stoppen.
Heute leben sie in Reservaten.«
AfD auf Twitter



Dass die AfD offensichtlich Angst vor dem vermeintlich *Fremden* hat, ist wenig überraschend. Dass diese Angst ihr aber den Verstand geraubt hat, sodass sie mit geschichtsverfälschenden populistischen Argumenten arbeitet, ist für eine Partei, die eine hamburgische Oppositionsfraktion stellt, besorgniserregend! Wer Karl May als einziges vermeintliches Geschichtsbuch gelesen hat, sollte keinen Fußbreit in die Politik setzen!

Eine ernsthafte Entgegnung auf das obige Zitat entfachte bei mir eher Unwillen als politisches Interesse. Zwei wesentliche Aspekte liegen meinem Unwillen zugrunde: erstens, dass hier mit der Konstruktion einer Gruppe gearbeitet wird, die per se eine imperialistische und westliche Verallgemeinerung darstellt. Der Begriff »Indianer« ist ein Containerbegriff der kolonialen europäischen Gesellschaften, der dazu dient(e), eine Legitimation für Ausbeutung und Ermordung zu finden. In dem Buch »Wie Rassismus aus Wörtern spricht« entlarvt Noah Show scharf den Subtext des Begriffes: »Weiße dürfen auf jeden Fall »Ethnien« erfinden, willkürlich einteilen und mit geografischen Fantasienamen versehen, selbst wenn eine solche Einteilung faktisch vollkommen blödsinnig ist und weit mehr über die Bezeichner*innen als über die Bezeichneten aussagt.«³

Rassismus als strukturierendes Verhältnis in der Gesellschaft diene schon immer der Legitimierung von Privilegien für die eigene Gruppe durch die Herabsetzung der *Anderen*. Nichts anderes findet in diesem Zitat statt. Liebe Leser*in, was lesen Sie heraus? Dass es endlich an der Zeit wäre, Entschädigungszahlungen zu leisten? Die intentionale Schlussfolgerung, dass »wir nicht so handeln sollten«, ist unübersehbar.

³ Noah Show, : Indianer. In: Arndt, Susan; Ofuatey-Alazard, Nadja (Hginnen): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Teil 4: Gewalt und Normierung. Münster: Unrast Verlag 2011.

Zweitens werden hier Migrationsprozesse mit gewaltvollen Kolonialisierungsprozessen gleichgesetzt. Anstatt eine differenzierte Analyse damaliger und heutiger herrschender Machtverhältnisse anzulegen, wird hier mit einem Verständnis à la Karl May eine Art romantisches Kindheitsschema produziert und als Abschreckungsszenario funktionalisiert. Gepaart mit der Nutzung eines diffusen Integrationsbegriffes, wird die Politik der Abschottung der AfD komplettiert. Sicherlich ist die AfD nicht für ihren offenen Gesellschaftsbegriff bekannt, aber: Integration ist kein einseitiger Prozess! Nicht diejenigen, die als *anders* oder *nicht zugehörig* durch die Dominanzgesellschaft⁴ (Rommelspacher 1995) markiert werden, müssen sich anpassen. Vielmehr geht es darum, das hegemoniale Gesellschaftsprojekt zu überarbeiten und im Global Citizenship Format neu zu denken.

Mein Fazit daraus: Die Arroganz des Zitates ist unerträglich und daher schlussendlich keines weiteren Wortes würdig!

Es genügt schon ein Blickwechsel von Saide Sesin

»Der Familiennachzug ist deutlich einzuschränken (z.B. Kindeshöchster 16 Jahre, kein Nachzug für Enkel, Großeltern, sonstige Verwandte wegen häuslicher Gemeinschaft, Personen in »dauerhafter Beziehung«). Familiennachzug bedarf des Nachweises der dauerhaften Sicherstellung des Lebensunterhalts. Der Bezug von Kindergeld ist auf die Leistungen zu beschränken, auf die in den Herkunftsländern Anspruch besteht. Angesichts der sich schon seit 1,5 Jahren hinziehenden Armutseinwanderung aus Serbien und Mazedonien in die Sozialsysteme – vor allem sog. Roma – ist eine Aufhebung der Visafreiheit für diese beiden Staaten anzustreben.«
aus dem AfD-Wahlprogramm zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015



Oft genügt ein Blickwechsel, um etwas zu verstehen. Vielleicht hilft den ungebildeten und unbedachten Äußerungen einiger Politiker*innen zum Thema Zuwanderung der Blickwechsel, welchen ich als Migrantin einbringen kann. Es ist mir bewusst, dass solche Politiker*innen nicht klüger werden, aber wenigstens sollte ihnen nicht gelingen, die faktische, konkrete Realität der Zuwanderung zu vertuschen oder zu verleugnen.

Ich bin eine von den jährlich tausenden Frauen, die als Familiennachzug nach Deutschland emigriert sind. Selbst wenn wir unsichtbar sind, im Sinne von wenig Präsenz in der Gesellschaft, befinden wir uns im Fokus von Medien und sind Kritiken unterschiedlicher Art ausgesetzt – alltäglich oder strukturell.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit so genanntem Migrationshintergrund sind gerade dabei, die Rente der nächsten Generationen zu sichern. Ja, statistisch gesehen wird die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in ca. 20 Jahren über 60 Jahre alt sein.

Die »ausländischen« Mutter und Väter, bei denen jedes dritte Kind aufwächst und jedes fünfte über 14 Jahre alt ist, haben diesen Nachwuchs aus eigener Kraft und mit ihren eigenen Möglichkeiten großgezogen und erzogen. Viele tun dies ohne familiäre Unterstützung und mit mehreren gering bezahlten Jobs. Ein Teil davon als Alleinerziehende und mit prekärer finanzieller Situation. Dabei ist zu beachten, dass diese Frauen eine andere Muttersprache als Deutsch haben, weswegen sie in den Niedriglohnssektor des Arbeitsmarktes eingeordnet

⁴ Birgit Rommelspacher: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag 1995.

werden, dort, wo es nicht wichtig ist, dass sie korrekt deklinieren. Im Grunde genommen werden sie wegen der Sprache diskriminiert und so landen überqualifizierte Arbeitskräfte in unterbezahlten Jobs.

Wir kriegen 900 Stunden Unterricht in Deutsch als Fremdsprache im Rahmen der Integrationskurse und damit sollen wir perfekt Deutsch sprechen! Wenn wir es nicht schaffen, dann wird uns unterstellt, dass wir uns nicht integrieren wollen. Zur Erinnerung: Deutsch als Hauptfach ist in der schulischen Grundausbildung mit zehn Jahren belegt.

Diese Frauen und Männer, Jugendlichen und Kinder mit Migrationsstempel – die laut Statistiken hier im Lande viermal mehr von Armut als Nicht-Migrant*innen betroffen sind – und die alles, was ihnen bekannt war, verlassen haben: Land, Familie, Beruf, Sprache, erleben dazu noch alltägliche Diskriminierungen und Ausgrenzungen, unterliegen Kritik und – wie Statistiken es belegen – haben weniger Bildungschancen.

Sie haben es trotzdem geschafft, die Alterungstendenz der deutschen Bevölkerung auszugleichen und mit ihren unterbezahlten Jobs und Renten die Kassen der Sozialversicherung und Steuern aufzufüllen.

Warum gehen sie nicht zurück? Weil sie ihre eigenen Kinder nicht mitnehmen können, denn diese sind deutsche Staatsangehörige. Anstatt zum Beispiel eine erfolgreiche Journalistin in ihrer Heimat zu sein, arbeiten sie hier heruntergestuft und überqualifiziert. Dabei gehen unheimlich viele Ressourcen verloren, vor allem die mitgebrachten. Keine zugewanderte Person ist ein unbeschriebenes Blatt.

Der defizitäre Blick auf uns, gemessen am Grad der Beherrschung der deutschen Sprache, plus die Ängste vor unserer »anderen« Mentalität, von der niemand weiß, was diese ausmacht, die aber sicherlich eine Bedrohung darstellt, ist Teil des alltäglichen Rassismus. Die Nicht-Anerkennung unserer mitgebrachten Qualifikationen, Talente und Sprachen ist es auch. Die verbreiteten Meinungen, dass wir hierher kommen, um uns zu bereichern, anderen Menschen die Arbeit stehlen und von staatlichen Geldern profitieren, führen dazu, uns mit noch mehr Ausgrenzungen zu belasten und uns in dieser Position zu verfestigen. Wo sind die Migrant*innen-Quoten in einer Gesellschaft mit einem Anteil von 25% Menschen mit Migrationsgeschichten an der Bevölkerung?

Die Politiker*innen, die gegen zugewanderte Menschen Angst und Hass verbreiten, sollten sich lieber über die eigenen Werte Gedanken machen. Wie kann es sein, dass laut Statistik jeder zehnte Deutsche unter Depression und Ängsten leidet, dass die häufigsten Fälle der polizeilich erfassten Toten einen Suizid als Ursache haben, dass mehr Menschen sterben als geboren werden, dass Kinder die Zukunft sind und trotzdem nicht geachtet werden, dass der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt und es trotzdem keinen Respekt und Würde für die alten Menschen gibt? Haben die Zuwander*innen daran Schuld?

Wir haben dieses Land bereichert!

Das Private ist politisch – immer noch!

von Elke Peine

»Die AfD lehnt die Bekämpfung traditioneller Geschlechterrollen und Familienentwürfe durch staatliche Stellen ab. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Bürger mündig genug sind, um selbst zu entscheiden, welche Geschlechterrollen und Familienentwürfe die richtigen sind.«
aus dem AfD-Wahlprogramm zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015



Zunächst einmal: Nicht Regierungen oder »staatliche Stellen« »bekämpfen« Familienentwürfe. Gesellschaftliche Strukturen, insbesondere die Organisation von Erwerbsarbeit und damit einhergehende Vorstellungen von spezifischen Zuständigkeiten und Aufgaben von Männern bzw. spezifische Zuständigkeiten und Aufgaben von Frauen, regeln das öffentliche und das private (Familien-)Leben. Sie führen zu Widersprüchen, die die Menschen unterschiedlich erleben und zu leben versuchen.

Diese Widersprüche weisen auf Probleme oder Unvereinbarkeiten hin, die mit der jeweiligen Familienform, den unterschiedlichen Anforderungen an Frauen bzw. Männer verknüpft sind. Die traditionellen Geschlechterzuordnungen und Familienentwürfe, die zur Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen führ(t)en, werden von eben diesen mündigen Bürgerinnen kritisiert und deren Veränderung bzw. Überwindung wird gefordert.

Es sind die Aktivistinnen der Frauenbewegungen, früher und heute, die verdeutlich(t)en, dass die ungleiche Verteilung der Macht im öffentlichen und privaten Raum sich in entsprechenden Regelungen in der Arbeitswelt, der Steuergesetzgebung, des Sozialversicherungswesens und des Familienrechts abbildet. Die Benachteiligung von Frauen, insbesondere in konservativen und traditionellen Familienentwürfen, ist so gesellschaftlich verankert und manifestiert.

Kurz gesagt: Das heutige öffentliche Leben, die heutige Gestaltung von Erwerbsarbeit würde zusammenbrechen, wenn Frauen sich den heutigen entsprechenden Anforderungen im Privaten (Zuweisungen von Reproduktions- und Sorgearbeit) verweigern würden.

Von einer angeblich freien Wahl des Familienentwurfs kann daher aus meiner Sicht nicht die Rede sein. Eine freie Wahl setzt voraus, dass die Modelle, die zur Wahl stehen, alternativ, gleichwertig, anerkannt und in gleicher Weise »entlohnt« sind. Doch es gibt zurzeit kein Familienmodell, in dem Frauen nicht

benachteiligt sind. Das traditionelle Familienmodell manifestiert die Benachteiligung und Ausbeutung von Frauen jedoch besonders heftig. Dies zeigen kurz- und langfristige Benachteiligungs- und Auslieferungseffekte, die aber tabuisiert sind und nicht öffentlich diskutiert werden, schon gar nicht von der AfD. Noch immer besteht die Normfamilie unserer Gesellschaft aus einem Heteropaar mit Kindern, in der der Mann der Hauptverdiener ist, die Frau in Teilzeit arbeitet und schlecht bezahlter und oft einer ihrer Qualifikation nicht entsprechenden Erwerbsarbeit nachgeht. Wichtig ist, die Erwerbsarbeit mit den Familienpflichten einigermaßen vereinbaren zu können. Freiwilligkeit besteht so durchaus, beinhaltet aber in der Regel den Verlust von vielem.

Das öffentliche und das private Leben wird durch Normen, Werte und entsprechend knallharte Regelungen in der Arbeitswelt, im Familienrecht, in den Sozialversicherungssystemen und (Steuer-)Gesetzen u.a. so gestaltet, dass sie überwiegend Lebenslagen und Sichtweisen von Männern entsprechen, was auch in einer Sprache zu erkennen ist, die ebenfalls nur die männliche Form verwendet. Frauen sind weitestgehend allein für die Reproduktionsarbeit, die Organisation, die Sorgearbeit aller – auch weit verzweigter – Familienmitglieder, aller Generationen, möglichst zu jeder Zeit und an vielen Orten gleichzeitig, zuständig. Noch immer tragen Frauen die strukturell verankerten materiellen und psychischen Benachteiligungen der Geschlechterverhältnisse in Erwerbsarbeit und Familie. Bei einer Scheidungsrate von 50% sind die langfristigen Benachteiligungen erheblich. Dies trifft in ganz besonderem Maße Frauen, die in traditionellen Partnerschaftsmodellen leben und dem Mann den öffentlichen Raum allein überlassen!

Die feministische Gesellschaftskritik, die sich auf die Geschlechterverhältnisse in allen Lebensbereichen bezieht und die Dominanz- und Machtansprüche von Männern, die Gleichsetzung von Mensch = Mann und die darin begründete Marginalisierung von Frauen(leben) kritisiert, hat weiterhin Gültigkeit.

Die gesellschaftlichen Aufgaben, ohne die keine Gesellschaft existieren könnte, werden auch heute noch in das Private, die Familie »abgegeben« und die weiblichen Ausführenden erhalten so gut wie keine gesellschaftliche und materielle Anerkennung ihrer Leistungen, geschweige denn adäquate Unterstützungen. In diesem Sinne gilt der Slogan der Frauenbewegungen auch heute noch: Das Private hat gesellschaftliche Relevanz! Das Private ist politisch!

Neben den bisher ausgeführten Benachteiligungen, denen Frauen insbesondere in traditionellen Geschlechterverhältnissen ausgesetzt sind, und deren gesellschaftlicher Verankerung, bestehen weitere Risiken für Frauen. Die im traditionellen Partnerschafts- und Familienmodell realisierten Abhängigkeitsverhältnisse befördern Dominanz- und Machtansprüche des Mannes gegenüber der Frau auf der Beziehungsebene, das heißt im konkreten Alltag. Dies verstärkt sich umso mehr, je stärker die materielle Abhängigkeit, die Konzentration auf die Familienaufgaben und die Belastungen dadurch sind. Unter sol-

chen Voraussetzungen besteht das Risiko, dass Frauen unerträgliche Erfahrungen wie körperliche und psychische Gewalt sowie sexualisierte Gewalt teils extrem lange ertragen, da sie wenig alternative materielle, kulturelle und psychische Perspektiven einnehmen können.

Aufgrund der dargestellten gesellschaftlichen Verankerung des traditionellen Familienmodells und der damit verknüpften Benachteiligungen von Frauen greifen auch die gesetzgeberischen Regelungen, wie die Verurteilung der Vergewaltigung in der Ehe als Straftat (seit 1997) und das Gewaltschutzgesetz, mit der damit ermöglichten Wegweisung des Täters aus der Wohnung, leider nur bedingt. Erschreckend viele Mädchen und Frauen erleben sexualisierte Gewalt, insbesondere in der Familie. Heute wissen wir, dass sie umso schwerer den heimischen Tätern entkommen können, je stärker sie – und/oder ihre Mütter – sich in eben diesen Abhängigkeitsverhältnissen, wie sie in starkem Maße in traditionellen Familien- und Partnerschaftsmodellen bestehen, befinden.

Insbesondere im Arbeitsfeld Drogen und Sucht ist diese Problematik seit Ende der 1980er und besonders seit Mitte der 1990er Jahre in der Arbeit mit Frauen deutlich sichtbar und thematisiert. Der Zusammenhang zwischen sexualisierten Gewalterfahrungen und Drogenabhängigkeit/Sucht und Abhängigkeitsverhältnissen ist wissenschaftlich erwiesen und anerkannt.

Dieser Zusammenhang und die selbsttätige Überwindung von Abhängigkeitsverhältnissen sind wichtige Themenfelder in Beratung und Behandlung, denn viele drogenabhängige/süchtige Frauen sind zum Teil massiv von Gewalt betroffen, haben teils lang anhaltende, sexualisierte Gewalterfahrungen in der Kindheit, in der Herkunftsfamilie durch Väter, Stiefväter und Brüder erlebt, Vergewaltigungen sowie Gewalterfahrungen in der Prostitution und in der Drogenszene, in Beziehungen zu meist älteren drogenabhängigen Partnern/Dealern. Und gewiss ist: je größer die materielle und psychische Abhängigkeit, desto schwieriger ist die Herauslösung aus dieser und die Überwindung der Sucht.

Frauen berichten zudem von zahlreichen Grenzüberschreitungen, sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen und körperlichen Gewalterfahrungen in der Drogenszene und in der Prostitutionsarbeit. Mitunter erleben sie (sexualisierte) Grenzüberschreitungen auch in den Suchthilfeeinrichtungen, in denen die Geschlechterverhältnisse ebenso gestaltet sind wie in allen Bereichen der Gesellschaft. Auch hier erleben Frauen Abhängigkeits- und Ohnmachtserfahrungen.

In der Arbeit mit Klientinnen fokussieren wir Abhängigkeit und Abhängigkeitsverhältnisse. Dabei geht es zentral um Kontrollverluste durch Suchtmittel, aber auch innerhalb von Beziehungen, Abhängigkeit von süchtig machenden Verhältnissen und Lebenssituationen. Wir verstehen Sucht als das Resultat eines »*multifaktoriellen Bedingungsgefüges*«, das bei Frauen wesentlich von frauenspezifischen Lebenserfahrungen und -bedingungen, entsprechenden Denk-, Fühl- und Verhaltensweisen gekennzeichnet ist, und missbräuchlichen und süchtigen Konsum verstehen wir als Bewältigungsstrategie von Erfahrungen und Lebensbe-

dingungen, die sie zunächst nicht anders zu bewältigen wissen. Wir verfügen über einen mädchen- und frauengerechten *integrierten Beratungs- und Behandlungsansatz* in der Suchthilfe, dessen Grundlagen aus der Frauenbewegung, der kritischen Psychologie, der Feministischen Therapie und der Traumatherapie entwickelt wurden. Insbesondere in der ambulanten Suchtberatung können traumatisierte süchtige Frauen sich zunächst stabilisieren und ressourcenbasierende Maßnahmen einleiten, die ihre äußere und innere Sicherheit stärken und die negativen Auswirkungen der Abhängigkeitsverhältnisse überwinden lernen. In diesem Prozess wird die innere Stabilisierung traumatisierter jugendlicher und erwachsener Klientinnen durch die Erforschung von Gelungenem im Leben, der Suche nach Momenten von Glück, Freude und Zufriedenheit ohne den Gebrauch von Suchtmitteln unterstützt.

Erst wenn eine tragende innere und äußere Sicherheit erreicht ist, sind weiterführende (teil-) stationäre Maßnahmen angezeigt, die die spezifischen Lebenserfahrungen und deren weibliche Verarbeitungsweisen im Blick haben.

Insbesondere für Mädchen stehen in Hamburg kaum stationäre Maßnahmen zur Verfügung, die in einem fachlich begründeten Schutzraum Mädchenspezifische Perspektiven einnehmen. Genderspezifische Arbeitsansätze und entsprechende Suchthilfeeinrichtungen sind solange erforderlich, wie gesellschaftliche Benachteiligungen von Frauen und Mädchen strukturell verankert sind, solange Frauen und Mädchen nicht dieselben Möglichkeiten zur Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen haben, solange Männer und Jungen nicht in gleicher Weise an der Reproduktions- und Sorgearbeit beteiligt sind usw.

Die Überwindung des traditionellen Familienmodells mit dem Mann als Hauptnährer ist dringend notwendig, sie allein ist aber auch nicht der Garant für die Überwindung der Benachteiligung von Frauen, denn auch in den angeblich modernen Lebensformen erleben Mädchen und Frauen sexualisierte Gewalt und befinden sich in schwer überwindbaren, meist psychischen Abhängigkeitsverhältnissen. So können z.B. Frauen trotz besseren Wissens pflegebedürftige Familienmitglieder nicht weniger versorgen, weil deren Versorgung niemand anderes übernimmt. Weil die versorgenden Frauen zu wenig Unterstützung erhalten und oft langfristig über persönliche Belastungsgrenzen hinausgehen, erkranken sie psychisch und/oder psychisch. Es wird weiterhin notwendig sein, die gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt und die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Verursachung und in der Verarbeitung zu kennen und zu berücksichtigen. Es wird weiterhin notwendig sein, dass wir das traditionelle Familienmodell hinter uns lassen, aber es wird auch notwendig sein, die angeblich modernen Familienmodelle genau unter die Lupe zu nehmen. Denn auch sie sind bestimmt durch politische, gesetzliche (steuerliche, sozialversicherungsrechtliche usw.) Regelungen, die sich im Wesentlichen am Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und entsprechenden monetär dominierten Organisationsstrukturen und Logiken orientieren. In ihnen bleibt das *Menschliche* auf der Strecke.

Hamburg schließt das Tor zur Welt?

von Zaklin Nastic

»Im Bereich von Zuwanderung wenden wir uns gegen Multikulti-Utopien und ethnische Parallelgesellschaften in unseren Städten. Wir wollen die Integration der dauerhaft in Hamburg lebenden Ausländer als Voraussetzung für ein friedliches Miteinander fördern und fordern. Integrationsverweigerung darf vom Staat nicht hingenommen werden. Es gelten die Grundsätze: »Keine Partizipation ohne Integration« und »Integration ist primär eine Bringschuld der Zuwanderer«. In diesem Zusammenhang fordern wir überdies – wie in Frankreich oder Belgien auch – ein Verbot der Vollverschleierung.«
aus dem AfD-Wahlprogramm zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015



Während Bernd Lucke krampfhaft versucht, die AfD als liberal-konservative Partei zu beschönigen, wird beim genauen Beobachten schnell klar: Die AfD pflegt eine radikale nationale Ausrichtung. Dabei wettet sie auch gerne gegen Migrantinnen, Flüchtlinge und den Feminismus.

Während der Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzende Jörn Kruse vollverschleierte Muslimas schon mal als »schwarze Monster« bezeichnet, machte sich

sein Fraktionskollege Sorgen, dass Flüchtlinge aus Afrika Ebola einschleppen. Mit Dirk Nockemann hat die AfD einen parlamentarisch erfahrenen Rechtspopulisten in ihren Reihen, welcher seine Ressentiments gegen Flüchtlinge offen ausspricht. So forderte er, keine neuen Unterkünfte zu bauen, sondern die Ausreise von 4000 »ausreisepflichtigen« Asylbewerber*innen aus Hamburg durchzusetzen.

Außerdem heißt es »Keine Partizipation ohne Integration«, »Integration ist primär eine Bringschuld der Zuwanderer«. Um sich »integrieren« zu können, muss aber vor allem auch seitens der politischen Parteien ein Interesse und die Bereitschaft bestehen, Menschen als vollwertiges, gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft anzuerkennen. Hier beginnt jedoch schon das Problem.

Wer Integrationspolitik damit begegnet, Multikulturalität für eine Utopie zu halten, hat gar kein Interesse an einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt teilhaben, denn die AfD hält sie per se für wirklichkeitsfern.

»Multikulti hat die Aufgabe, die Völker zu homogenisieren und damit religiös und kulturell auszulöschen.« Diese Aussage in einer von der AfD-Politikerin

Beatrix von Storch betriebenen Internetseite untermauert die nationalistische Ausrichtung der AfD überdeutlich. Sie sagt damit im Umkehrschluss, dass Zuwanderer*innen, die hierherkommen, assimiliert werden müssen. Sie müssen ihre Herkunft, Kultur und Religion ablegen, sie sollen sich vollständig anpassen, denn für »Multikulti« ist kein Platz bei der AfD.

Die AfD stellt also Forderungen an die Migrant*innen, hat aber keine Lösungen für die bestehenden Probleme. Sie schürt Vorurteile, hat aber kein Interesse an wirklicher Integration, denn »Multikulti ist eine Utopie«. Ganz im Gegenteil, die Einwander*innen selbst werden zur eigenen Politikmache benutzt, es werden Ressentiments geschürt, um sich politisch zu stärken und zu etablieren. Warnungen vor dem Islam und überhaupt vor so ziemlich Allem, insbesondere Neuem, sind der Antriebsmotor der AfD.

Die AfD Hamburg zeigt auch, wie es um ihre Einstellung bestellt ist, wenn es heißt, Hamburg sei das »Tor zur Welt«. Mit ihrer Politik will sie das Tor für Zugewanderte schließen.

Ein weiteres beliebtes Thema der AfD ist der Antifeminismus, vermengt frau ihn mit dem Rechtspopulismus der Partei, kommt hierbei insbesondere die zugewanderte Frau ins Visier.

Mindestens 50% aller Flüchtlinge sind Frauen und Mädchen. In Deutschland sind ca. 30% aller Flüchtlinge Frauen. Sie fliehen genau wie Männer aufgrund von weltweiten Menschenrechtsverletzungen. Sie fliehen vor Armut, Krieg, Folter, Hunger, mangelnder Bildung und medizinischer Versorgung, den Folgen von Umweltzerstörung usw.

Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen Langzeitfolgen von Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken und sozialer Isolation. Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung gegen Frauen gibt es nicht nur im Herkunftsland. Verfolgt und bedroht werden Frauen auch in Deutschland. Strukturelle Gewalt oder soziale Lebensbedingungen machen es geflüchteten Frauen nicht leicht, ihr Leben in Deutschland neu zu gestalten und Perspektiven zu entwickeln.

Ist eine Frau Muslima und vielleicht auch verschleiert, muss sie sich nicht nur, wenn es nach Meinung der AfD ginge, »integrieren«, um überhaupt partizipieren zu können, nein, sie muss ihr Kopftuch ablegen, um Lehrerin sein zu dürfen. Zu viele Kinder soll die Migrantin wohl nicht bekommen, denn die »deutsche« Frau soll sich vermehren (laut Frauke Petry). »Multikulti« ist eine Utopie und somit ist alles, was die Zugewanderte tut, letztendlich kontraproduktiv. Ist sie gebildet, nimmt sie »uns« evtl. einen Job weg oder fordert womöglich einen Männerarbeitsplatz als hochqualifizierte Frau nach der Frauenquote ein.

Das politische Feld der AfD ist das Schüren von Ängsten und Vorurteilen, um davon zu profitieren und zu expandieren. Sie hat dabei wohl übersehen, dass wir schon längst in einer multikulturellen, vielfältigen Gesellschaft leben.

Warum sind bestimmte Berufe Frauenberufe?

von Angelika Gericke

»Wichtiger, als sich auf das Aufbrechen von geschlechtsspezifischen Rollenverständnissen als vermeintliches gesellschaftliches Problem zu konzentrieren, wäre es, die Berufsberatung junger Menschen praxisnah zu gestalten.

Von besonderer Bedeutung wäre dabei auch, den Wert einer guten Ausbildung im Vergleich zu einem unambitioniert verfolgten Studium hervorzuheben und hierdurch Jugendlichen eine bessere Orientierung zu geben.«

AfD-Fraktion Thüringen



Warum, fragte ich mich, bilden sie Gegensätze, wo es gar keine gibt? Warum ist es wichtiger, die Berufsberatung junger Menschen praxisnah zu gestalten, als sich um das Aufbrechen von geschlechtsspezifischen Rollenverständnissen zu konzentrieren? Und warum sind geschlechtsspezifische Rollenverständnisse ein nur vermeintliches gesellschaftliches Problem? Sind sie nicht ein generelles gesellschaftliches Problem?

Warum wird von guter Ausbildung als Gegensatz zu einem unambitionierten Studium gesprochen? Und wo kommt das Wort »unambitioniert« eigentlich her? Geht es nicht vielmehr um eine Berufswahl, die den Interessen und Fähigkeiten junger Erwachsener entspricht – und darum, dass die Entscheidung selbständig getroffen, aber auch revidiert werden kann?

Unambitioniertes Studium, gibt es das? Ist es nicht so, dass gerade die Zeit der Berufswahl eine Zeit der eigenen Orientierung ist, es völlig normal ist, zunächst etwas zu beginnen, von dem dann im Verlauf der Ausbildung oder des Studiums klar wird, dass es doch nicht das ist, was es zunächst zu sein schien?

Oder sind es etwa die Frauen, die unambitioniert studieren und damit den männlichen Bewerbern den Studienplatz wegnehmen? Die Gewerkschaft ver.di hat in ihrem biwifo-Report (Bildung, Wissenschaft und Forschung, März 2014, S. 3) einiges über die Möglichkeiten, an Fachhochschulen zu studieren, geschrieben. Und siehe da, es sind auch Frauen zu finden, die technische Berufe ergreifen wollen. Geht es etwa darum? Gehören Frauen generell nicht an (Fach-)Hochschulen?

Gesundheit ist ein sozialer Zustand

von Regina Jürgens

*»Niemand sollte es sich lohnen, staatliche Sozialleistungen leistungslos zu kassieren, anstatt zu arbeiten, soweit dies Alter und Gesundheit zulassen.«
aus dem AfD-Wahlprogramm zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2015*



Diesen Satz muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Da fragt sich frau doch, wo leben die Herrschaften der AfD eigentlich? Haben sie schon mal was davon gehört, dass die Arbeit in diesem Land immer weniger wird, die Arbeitszeit sich aber dementsprechend nicht verkürzt, sondern im Gegenteil sogar verlängert?

Wenn die Erwerbsarbeit gerecht verteilt würde, dann hätten wir nur noch eine 20-Stunden-Woche an Vollzeit nötig, und zwar alle, nicht nur die Frauen

in Teilzeit, die sowieso schon gerne ihre Erwerbsarbeit einschränken zum Wohle der Familienarbeit, die ja auch noch getan werden muss...!

Und was verstehen die Herrschaften unter leistungslos? Eine alleinerziehende Frau mit zwei Kindern, die ihren Haushalt schmeißt und keiner Erwerbsarbeit nachgeht, kassiert diese dann etwa leistungslos Sozialleistungen? Werte Herren der AfD, da ist noch einiges zu lernen. Zum Beispiel, wie eine Gesellschaft insgesamt funktioniert: Nur wenn neben der Erwerbsarbeit auch die Arbeit getan wird, nämlich die Sorgearbeit in Familie und Nachbarschaft, die unseren Zusammenhalt ermöglicht.

Außerdem die Arbeit im Stadtteil, in Gewerkschaften und Sportvereinen, also im sozialen Gefüge... All das sind auch Leistungen, selbst wenn dafür kein Geld gezahlt wird! Schon mal darüber nachgedacht? Oder einfach nur die Augen verschlossen und »weiter so« und nur »ich, ich, ich« gedacht?

Was ist wohl damit gemeint, wenn es bei der AfD heißt, »soweit dies Alter und Gesundheit zulassen«? Es ist lapidar so dahergesagt. Gesundheit und soziale Lebenslage sind eng miteinander verkoppelt. Grob gesagt leben Menschen ohne finanzielle Nöte sieben Jahre länger als arme Menschen. Bei einer Frühverrentung aufgrund einer Erkrankung oder eines Unfalls steigt das Armutsrisiko erheblich an. Die Zahl der Frühverrentungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Lebensereignisse wie eine Krankheit, ein Unfall oder Arbeits-

Es ist vielmehr so: Im Jahr 2009 betrug der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern 23% in Deutschland, in der EU waren es 17,4%. Diese Zahl ist bis 2015 nicht gesunken. In keinem Wirtschaftszweig verdienen Frauen im Durchschnitt mehr als Männer. Der Equal Pay Day am 19. März zeigt deutlich, ab welchem Tag im Jahr Frauen für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn bekommen. Bis dahin arbeiten sie (symbolisch) ohne Lohn.

Es ist ganz offensichtlich, was die AfD suggerieren will. Es bräuchte kein gesellschaftliches Problem des geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses zu geben, wenn »Frauen ihren Platz in der Gesellschaft« kennen würden. Ausbildung, ja klar – aber doch nicht um jeden Preis. Frauen gehören an den Herd – mit ein bisschen Ausbildung, na gut. Studieren sollen die Leistungsträger, damit sind die Männer gemeint. Gemeint von einer Partei, die zu mehr als 80% aus Männern besteht. Das ist kein Zufall, zumal das Durchschnittsalter weit über dem des jungen Erwachsenen liegt (25 Jahre). Die Partei wird geführt von Männern, die sich ihre Macht erhalten und den männlichen Nachwuchs selbst auswählen wollen. Wenn es doch mal Frauen in der AfD gibt, ist es für sie fast schon Gesetz, dass eine Familie aus Frau und Mann und mindestens drei Kindern besteht.

Es geht nicht um Inhalte – es geht um Polemik. Wir wissen, dass es immer noch den gesellschaftlichen Unterschied zwischen Frauen und Männern gibt. Es gibt noch immer keinen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Der Streik im Sozial- und Erziehungsdienst zeigt, dass die kommunalen Arbeitgeber noch nicht einmal bereit sind, ein Verhandlungsangebot für die Fachkräfte im Sozial- und Erziehungsdienst zu machen.

Fazit: Angereichert mit diesem notwendigen Übel, auch von Frauen gewählt werden zu wollen, weshalb auch ein bisschen Ausbildung gefordert wird, geht es der AfD um die Erhaltung und Manifestierung der alten Männerriege, um Machterhalt und um die Bildung von Nachwuchsmännern. Solange mit dem Studium immer noch ein höherer gesellschaftlicher Wert und ein höheres Ansehen verbunden wird als mit einer Ausbildung, werden mehr junge Menschen, egal ob Frau oder Mann, studieren wollen. Jurist oder Koch? Wenn Frauen auch studieren, sind sie Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt und nehmen Männern die Arbeitsplätze weg. Gehen Frauen in die Ausbildung, sind sie keine Konkurrent*innen für die studierten Männer bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, aber gebildet genug, um als Anhängsel des Mannes gezeigt werden zu können. Das ist es, was die AfD von Frauen will? Mitreden, ja bitte, aber nicht auf meinem (männlichen) Niveau.

platzverlust werden in dieser Gesellschaft nur unzureichend überbrückt bzw. aufgefangen. Wer nicht privat vorsorgen kann, rutscht sehenden Auges in die Armut und das heißt: die Lebenserwartung sinkt.

Es ist leichtfertig und fahrlässig von der AfD, Sätze wie den oben zitierten zum Programm zu erheben. Dahinter steckt ein unsoziales und auch apolitisches Menschenbild. Nachgewiesen ist doch, dass Hartz IV Armut per Gesetz bedeutet. Wer hineingeraten ist, hat kaum eine Chance, wieder unabhängig leben zu können. Es ist Zynismus pur zu sagen, dass sich Sozialleistungen nicht lohnen sollen. Sozialleistungen sind das Minimum, um zu überleben. Wer diese auch noch streichen will, riskiert die Gesundheit von Menschen und damit letztlich Menschenleben.

Wir benötigen vielmehr eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, auskömmlich finanzierte Krankenhäuser sowie die bedarfsgerechte Finanzierung von Krankheiten bzw. Behandlungsfällen. Wir brauchen mehr Pflegepersonal, regelmäßige Gesundheitsberichte und eine gerechtere Verteilung von Ärztinnen und Ärzten.

Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. So lautet die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das ist der Maßstab, der der AfD scheinbar völlig abgeht.

Ökonomische (Un)Abhängigkeit von Frauen von Carola Ensslen

»Ich bin keine Feministin, weil mein Mann mein Fels in der Brandung ist.«

Junge AfD, Tagesspiegel



Aus dem rechtskonservativen Frauenbild lassen sich Gründe ableiten, warum Frauen ökonomisch abhängig sind: Die Rolle als Hausfrau und Mutter – ganz oder teilweise – geht mit ökonomischer Abhängigkeit von Frauen einher. Sie gehen – wenn überhaupt – in weit geringerem Umfang sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen nach als Männer. Teilzeitarbeit erschwert den Aufstieg in Führungspositionen. Hinzu kommt, dass das Frauenbild sich auch auf die Berufswahl auswirkt. Frauen wählen häufig typische Frauenberufe wie Erzieherin, Pflegefachkraft etc. Rol-

lenstereotype und geschlechtsspezifische Zuschreibungen wirken sich immer noch bei der Arbeitsbewertung, Leistungsfeststellung oder Stellenbesetzung aus. Die Folgen sind Benachteiligungen in Form von Entgeltungleichheit zu Lasten von Frauen. Soziale Berufe etwa werden erheblich niedriger entlohnt als typische Männerberufe wie Ingenieur, Bauarbeiter etc. Das ist leider gesellschaftliche Realität und nicht nur Ziel der rechtskonservativen AfD.

Die Faktoren Erwerbsunterbrechung und Teilzeit

Gefördert wird die ökonomische Abhängigkeit von Frauen durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen. Immerhin trägt das Elterngeld zu mehr ökonomischer Unabhängigkeit von Frauen bei. Berufstätigkeit von Frauen bedeutet aber selten Vollzeittätigkeit. Frauen leisten immer noch den Hauptanteil der Familienarbeit – mit Folgen hinsichtlich des Gehalts und damit auch ihrer Altersversorgung. Von ökonomischer Unabhängigkeit sind Frauen weit entfernt.

Die Faktoren Eingruppierung und Einstufung im TVöD

Tätigkeiten im sozialen Bereich sind nach wie vor eine Domäne der Frauen. Insofern sind die Tarifeinsetzungen u.a. um die Eingruppierung von Erzieher*innen ein gutes Beispiel dafür, welche Rolle der Faktor Eingruppie-

rung im Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) spielt. Hier spiegelt sich eine weitverbreitete Sichtweise wider, dass – männlich geprägte – Verantwortung für Maschinen, Finanzen und Mitarbeiter*innen oft höher bewertet wird als Verantwortung für Menschen im Rahmen sozialer Tätigkeiten, wie Pflege oder Erziehung. Die Bewertung von Arbeit drückt die Wertschätzung aus, die die Gesellschaft bestimmten Tätigkeiten beimisst. Tarifverträge sind letztlich Ergebnis von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und fördern mit den geringeren Entgelten für Frauen deren ökonomische Abhängigkeit.

Der Faktor Unterhaltsrecht

Mit der Reform des Unterhaltsrechts im Jahr 2008 sollten Ehepartner nach Trennung und Scheidung grundsätzlich selbst für ihren Unterhalt sorgen. Die Unterhaltsansprüche wurden stark begrenzt. Es schien so, als orientiere sich der Gesetzgeber am Leitbild der erwerbstätigen Frau, die nicht mehr auf die lebenslange Solidarität ihres Partners angewiesen ist. Wenig Berücksichtigung fand, dass dies zu Härten in den Fällen führte, die noch dem Rollenbild der Hausfrauenehe entsprachen. Denn die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach langer Unterbrechung ist schwer – eine Armutsfalle für Frauen. Im Jahr 2013 machte der Gesetzgeber eine kleine Rolle rückwärts. Lange Ehedauer, Kindererziehung sowie die Gestaltung von Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit werden beim Unterhalt wieder berücksichtigt – kein Anreiz für den Wandel des Frauenbildes und kein Weg aus der ökonomischen Abhängigkeit.

Wie gelingt der Weg aus der ökonomischen Abhängigkeit?

Gehaltseinbußen durch Unterbrechung der Erwerbsarbeit und Teilzeitarbeit müssen kompensiert werden. Das Elterngeld ist ein richtiger Ansatz, geht jedoch nicht weit genug. Solange Männer meistens noch mehr verdienen, muss es Anreize geben, Elternzeit und Teilzeitarbeit zwischen den Partnern gleich aufzuteilen. In Schweden etwa wird das Doppelverdiener-Modell durch individuelle Besteuerung beider Elternteile gefördert, das Kinderbetreuungssystem ist sehr gut ausgebaut und Müttern und Vätern wird ein einkommensabhängiges Elterngeld gezahlt, das Verdienstauffälle zu 80% absichert. Ähnliches sieht das deutsche Konzept der Familienarbeitszeit vor: Staatlichen Lohnausgleich gibt es für maximal drei Jahre, wenn beide Eltern im Anschluss an Elternzeit mit Elterngeld ihre Arbeitszeit auf 80%, also 30 oder 32 Stunden, reduzieren. Danach besteht ein Anspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung. Ein Schritt in die richtige Richtung, der durch die Berücksichtigung der Familienpflege ergänzt werden müsste.

Und schließlich kann ökonomische Unabhängigkeit von Frauen nur durch allgemeine arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erreicht werden. Zu fordern ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle Arbeitnehmer*innen – eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Sexarbeit entstigmatisieren

von Kersten Artus

»Am Problem Prostitution ist nur die Einwanderung schuld!«
AfD Mannheim

Prostitution gilt im Mehrheitsglauben immer noch als Unzucht – auch wenn sie seit 2002 in der Bundesrepublik Deutschland legal betrieben werden darf: Sittenwidrig handelt eine Prostituierte dennoch, sobald sie ihrem Gewerbe in so genannten Sperrgebieten in Großstädten wie Hamburg nachgeht. Ihr drohen Bußgelder und Arrest.

Bereits die Klassiker der Linken hatten ihre Schwierigkeiten mit Analysen und Lösungen zum Thema Prostitution. Für Clara Zetkin gehörten Prostituierte zum Lumpenproletariat. Alexandra Kollontai befand Prostitution als sittenwidrig. Sie forderte einen Arbeitszwang für Prostituierte, um sie zu befreien. Karl Marx nannte Prostituierte, Vagabunden und Verbrecher in einem Atemzug. Dagegen steht heute die Gewerkschaft ver.di, die eine parteiliche Sichtweise für Frauen in der Sexarbeit entwickelt hat und ihren Schutz vor Ausbeutung in den Vordergrund stellt. Es gibt keine Betriebsräte, keine Berufsgenossenschaften.



Prostitution auf der Straße oder in der Illegalität folgt eigenen Regeln, an die sich die hier Tätigen anpassen müssen. Das Prostitutionsgesetz hat Wege eröffnet, Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen zum Thema zu machen.

Prostitution hat viele Gesichter. Die hässlichen sind die der sexualisierten Gewalt und des sexuellen Missbrauchs von Kindern, Behinderten sowie von Menschen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Man wird diesen bereits seit langem strafbewehrten Tatbeständen allerdings nicht gerecht, wenn man jede Sexarbeit als Verbrechen darstellt. Sie werden dadurch eher relativiert. Vor allem den Frauen und Männern, die in der so genannten Armutsprostitution, bzw. auf dem Straßenstrich, tätig sind, wird nicht geholfen, indem Sexarbeit im Gleichklang mit Menschenhandel und Missbrauch ge-

nannt wird. Die andere Facette der Sexarbeit sind Frauen, die selbstbestimmt ihrem Gewerbe in Wohnungen, Bordellen, Hotelzimmern oder eigenen Instituten nachgehen – hauptberuflich oder als Nebenverdienst. Sie fühlen sich durch eine gesetzliche Reglementierung in der Ausübung ihrer Arbeit beeinträchtigt und befürchten Repressionen durch ihr gesellschaftliches Umfeld sowie Stalker.

Die Große Koalition hat das Prostitutionsgesetz novelliert. Künftig soll es eine Kondompflicht geben. Prostituierte sollen sich registrieren lassen. Bordelle werden einer besonderen Erlaubnispflicht unterliegen. Unwürdige Sexpraktiken sollen verboten werden. Und: Es sind medizinische Zwangsberatungen für Frauen vorgesehen. Zwar sind sich Politik, Wissenschaft und Betroffene weitgehend einig, dass das Prostitutionsgesetz von 2002 gescheitert ist: Nur wenige Sexarbeiterinnen sind auf Angestelltenbasis tätig und krankenversichert. Aber eine Verschärfung von Auflagen lehnen viele Sozialarbeiterinnen, Sexarbeiterinnen und auch Linke und Feministinnen ab. Die aktuellen Vorstöße zum Verbot der Prostitution stützen und forcieren Rassismus. Der Anteil der Prostituierten mit Migrationshintergrund ist stark angestiegen. Diese Frauen benötigen jedoch Aufklärung über ihre Rechte anstatt Repressionen. Allein die Sprachbarriere fördert gesundheitliche Gefahren und ökonomische Abhängigkeiten. Insgesamt ist viel zu wenig über die Akteurinnen und Akteure in der Sexarbeit, ihre Arbeitsweise und Arbeitsfelder in ihren Facetten bekannt. Nicht einmal präzise Angaben über die Anzahl von Prostituierten liegen vor. Dem wird auch nicht dadurch entgegengewirkt, dass Prostituierte sich künftig anmelden. Prostitution aus sozialer Not oder aufgrund von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung wird auch künftig im Dunkelfeld stattfinden.

Das neue Prostitutionsgesetz berücksichtigt die verschiedenen Formen der Prostitution nicht. Und Frauen, die Opfer von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung geworden sind, sind nur selten bereit, auszusagen. Die neu entstehende Bürokratie kann dazu führen, dass viele sichere Arbeitsplätze in Bordellen aufgegeben werden – so geschehen 2011 in Wien. Auch die Gesundheitsgefährdung dürfte steigen: Der Zusammenhang zwischen Kriminalisierung von Prostitution und der Ansteckungsgefahr von HIV/Aids gilt als nachgewiesen. Ein Drittel bis die Hälfte aller HIV-Ansteckungen könnten vermieden werden, wenn Prostitution entkriminalisiert wäre.

Die der Sexarbeit anhaftende und nicht zu leugnende Anlehnung an Kriminalität und Gewalt hat mit ihr an sich nichts zu tun. Denn es geht um einen Austausch von Dienstleistungen gegen Geld. Aber solange es politisch gestützte Reglementierungen gibt, wird es weiter Diskriminierungen der Menschen geben, die der Sexarbeit nachgehen. Sexarbeit gehört entstigmatisiert. Das Beratungssystem und die Sozialarbeit müssen besser finanziert und personell aufgestockt werden. Sperrgebiete gehören abgeschafft. Gegenteilige Interessenlagen in Wohngebieten und sozialen Brennpunkten gehören an runden Tischen debattiert.

Die Autorinnen

- Kersten Artus*, Journalistin, frauenpolitische Aktivistin, Gewerkschafterin, ehem. Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete und Betriebsrätin
- Carina Book*, Politikwissenschaftlerin, Referentin für Antidiskriminierung im Allgemeinen Studierenden Ausschuss der Uni Hamburg. Referentin bei der Stiftung »Neue Gesellschaft« zu Themen wie Asyl und Nationalismus
- Tanja Chawla*, Sozialökonomin, rassismuskritische und gendersensible Bildungsarbeiterin, Supervisorin und Organisationsentwicklerin, tätig an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften
- Angelika Damm*, Diplom-Sozialarbeiterin, Mitarbeiterin 2. Hamburger Frauenhaus
- Christine Detamble-Voss*, Sozialpädagogin, diverse Funktionen in ver.di, u.a. Bundesfrauenrat. Ehem. Frauenbeauftragte des UKE, Landesvorstand DIE LINKE, Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte
- Carola Ensslen*, Rechtsanwältin, Sozialrechtsexpertin, Landesvorstand DIE LINKE
- Angelika Gericke*, Juristin, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di
- Regina Jürgens*, Dipl. Sozialpädagogin, Beraterin, Gewerkschafterin und ehem. Frauenbeauftragte der Hamburger Gesundheitsbehörde
- Johanna Klages*, Soziologin, ehem. Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Spezialthemen: Politische Soziologie und Gender, speziell Frauenerwerbsarbeit und prekäre Frauenexistenzverhältnisse
- Susanne Lohmann*, Hebamme, 2. Vorsitzende Hamburger Hebammenverband
- Cornelia Möhring*, Sozialökonomin, Bildungsarbeiterin, Bundestagsabgeordnete, stellvertretende Fraktionsvorsitzende DIE LINKE und frauenpolitische Sprecherin
- Zaklin Nastic* pflegt ihre schwerstbehinderte Tochter, Aktivistin für eine humane Flüchtlingspolitik, Mitglied Bezirksversammlung Eimsbüttel
- Elke Peine*, Dipl. Pädagogin, Dipl. Sozialökonomin, tätig beim Suchthilfeträger Frauenperspektiven e.V. Hamburg
- Gila Rosenberg*, Dipl. Sozialpädagogin, Leiterin Junglesbenzentrum bei Intervention
- Karin Schönewolf*, frauenpolitische Aktivistin, Organisatorin für Veranstaltungen, Bildungsurlaube und Stadtrundgänge
- Saide Sesin*, Journalistin, Sozialpädagogin, Tanztrainerin



DIE LINKE.

DIE LINKE. Landesverband Hamburg
Wendenstraße 6
20097 Hamburg
Tel.: 040 / 389 21 64 • Fax: 040 / 43 09 70 28
buero@die-linke-hamburg.de • www.die-linke-hamburg.de

Druck: Adupuc, Hamburg

V.i.S.d.P.: Martin Wittmaack